

Vorwärts

Berliner Volksblatt

Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Die ständige Korrespondenzstelle 40 Vienna, Reclamstraße 5 — Reichsamt „Kleine Anzeigen“ das letzte Heft des Wort 23 Vienna (gültig zum letzten Heft des Wort), jedes weitere Wort 12 Vienna. Die ersten 10 Wörter des ersten Heftes 10 Vienna. Jedes weitere Wort 10 Vienna. Wörter über 15 Buchstaben zahlen für zwei Wörter. Arbeitsmarkt Seite 60 Vienna. Remittenzbogen für Abonnenten Seite 60 Vienna. Anzeigenannahme im Hauptgeschäftshaus: Straße 2, Montag von 8/1, bis 17 Uhr.

Redaktion und Verlag: Berlin SW 68, Lindenstraße 3
Fernsprecher: Föndorf 202—297 Telegramm-Adr.: Sozialdemokrat Berlin

Vorwärts-Verlag G. m. b. H.

Postcheckkonto: Berlin 371336. — Bankkonto: Bank der Arbeiter, Angestellten und Beamten Währ. 65. Diskonto-Gesellschaft, Depositenkassa Lindenstr. 3

Bereit zur Wahlschlacht!

Sozialdemokratische Kandidatenaufstellung im Bezirk Brandenburg-Grenzmark.

Der Parteitag für den Bezirk Brandenburg-Grenzmark hat am Sonntag ohne Debatte die folgenden Kandidatenlisten für die Wahlkreise Potsdam I und Frankfurt a. d. O. gutgeheißen:

Wahlkreis Potsdam I:

Reichstag:

1. Rudolf Wiffel, Berlin;
2. Dr. R. Breitscheid, Berlin;
3. Marie Juchacz, Berlin;
4. Hermann Müller, Lichtenberg;
5. Wilhelm Staab, Potsdam;
6. Friedrich Ebert, Brandenburg;
7. Dr. Salomon, Ludenwalde;
8. Bruno Theet, Berlin;
9. Adolf Wuschid, Lichtenberg;
10. Max Bauer, Erkner.

Landtag:

1. Wilhelm Siering, Nauen;
2. Elsefede Ryned, Berlin;
3. Wilhelm Krüger, Berlin;
4. Emil Stahl, Berlin;
5. Paul Sjölat, Rathenow;
6. Joh. Baner, Ludenwalde;
7. Christoph König, Berlin;
8. Adolph Wuschid, Lichtenberg;
9. Heinrich Witt, Brandenburg;
10. Arthur Richter, Lichtenberg;
11. Wilhelm Reimann, Weihensee;
12. Paul Judrian, Friedrichsfelde;
13. Goll. Münsinger, Spandau;
14. Wilhelm Kubig, Pankow;
15. Erich Pöschke, Erkner;
16. Gustav Köstler, Pankow;
17. Gustav Schwabedahl, Rosenhal.

Wahlkreis Frankfurt a. d. O.:

Reichstag:

1. Otto Wels, Berlin;
2. Oswald Schumann, Berlin;
3. Feany Kohle, Berlin;
4. Ernst Hellmann, Berlin;
5. Anton Reihner, Elchwalde;
6. Otto Reilich, Kollbus;
7. Anna Matzke, Berlin;
8. Oscar Wegner, Frankfurt a. d. O.;
9. Karl Stoll, Fürstenwalde;
10. Willi Sielaff, Neudamm.

Landtag:

1. Emil Faber, Frankfurt a. d. O.;
2. Wilhelm Pachel, Berlin;
3. Ernst Hellmann, Berlin;
4. Eugen Brüdner, Berlin;
5. Wilhelm Schadow, Kollbus;
6. Hedwig Wachenheim, Berlin;
7. Karl Freter, Calau;
8. Georg Steinbrecher, Meseritz;
9. Kurt Wegner, Sommerfeld;
10. Ferdinand Jädel, Gäßelbese.

Wahltermin: 20. Mai.

Ein Beschluß des Reichskabinetts.

Amtlich wird mitgeteilt: Der Reichsminister des Innern hat die Landesregierungen durch Rundschreiben davon verständigt, daß der Termin für die Neuwahl des Reichstags auf den 20. Mai festgesetzt werden wird. Die Landesregierungen wurden gebeten, die Gemeindebehörden anzulassen, mit der Auflegung der Wählerlisten zu beginnen und als Stichtag für die Aufnahme der Wahlberechtigten den 20. Mai vorzusehen.

Das Reichskabinet hat sich gestern mit Mehrheit auf den 20. Mai als Wahltermin geeinigt. Die politischen und technischen Gründe, die für einen früheren Wahltermin geltend gemacht wurden — der 20. Mai ist der Sonntag vor Pfingsten — sind nicht durchgedrungen. Die letzte Entscheidung fällt der Reichspräsident, er wird sich voraussichtlich ebenfalls für den 20. Mai entscheiden.

Der Wahlkampf in Frankreich.

Renaudel gegen „Einigkeits“-Schwindel.

Paris, 26. März. (Eigenbericht.)

In Toulon sprach der sozialistische Abgeordnete Renaudel vor seinen Wählern über den politischen Charakter der „Nationalen Einheit“, die Poincaré zur selben Stunde in Bordeaux verkündete. Renaudel führte aus, daß Poincaré trotz seiner persönlichen Integrität der Gefangene des Großkapitals sei, dessen Wirtschaftspolitik er machen müsse, um dafür seine Unterstützung in den Steuer- und Finanzfragen zu erlangen. Darüber hinaus könne der Ministerpräsident es auch nicht verhindern, daß die Reaktion aus der Tatsache seiner Rückkehr zur Regierungsmacht Profit ziehe. Die von dem sozialistischen Parteitag aufgestellte Formel: „Die nationale Einheit ist die Reaktion“ habe sich seitdem bestätigt. Die französischen Sozialisten würden den Kampf gegen die Reaktion mit aller Energie führen, um die hinter den Reaktionenären und den mit ihnen verbündeten Parteien stehenden Proletariat für sich zu gewinnen. Dabei würden die Sozialisten im zweiten Wahlgang gern jeden Republikaner unterstützen, der die Fortsetzung der „Nationalen Einheit“ ablehne.

Poincarés Rede und die Deutschnationalen.

Die große Wahlrede, die Poincaré am Sonntag in Bordeaux gehalten hat, enthält eine Stelle, in der er seine Ruhrpolitik von 1923 nachträglich zu rechtfertigen versucht hat. Seine Beweisführung läßt sich etwa wie folgt zusammenfassen: Ohne Ruhrbefehung hätte Deutschland niemals den Dawes-Plan angenommen, ohne den Dawes-Plan wären auch die Verträge von Locarno nicht zustande gekommen. Folglich bin ich, Poincaré, der eigentliche Vater der Politik von Locarno.

Es ist nicht erstaunlich, daß Poincaré, zu dessen markantesten Charakterzügen die Rechthaberei gehört, das Bedürfnis empfindet, seine Gewaltpolitik von 1923 mit seiner Anpassung an die Verständigungspolitik von 1928 in Einklang zu bringen. Vor vier Jahren ist er als der „Mann der Ruhrbefehung“ in den Wahlkampf gezogen und bestetzt worden. Innerpolitische Wechselfälle, vor allem die Finanzkrise, haben ihn wieder ans Ruder gebracht. Er möchte nun wenigstens diesmal als Sieger aus dem Kampf hervorgehen, um seine Regierung der „nationalen Einheit“ über die Wahlen hinaus zu behaupten. Das ist aber nur möglich, wenn er sich außenpolitisch die Politik Briands zu eigen macht. Deshalb der krampfhafteste Versuch, mit rabulistischen Argumenten zu beweisen, daß die Locarno-Politik Briands nicht nur keinen Bruch mit der Ruhrpolitik Poincarés bedeute, sondern daß die Ruhrbefehung Locarno erst möglich gemacht habe.

In Frankreich wird man diese gestrigen Purzelbäume Poincarés nicht tragisch nehmen, vor allem wird Briand selbst darüber lächeln. In Deutschland aber stürzt sich die gesamte deutschnationale Presse wie auf Kommando auf die Rede Poincarés und versucht, daraus den Nachweis herzuleiten, als hätte die gesamte deutsche Außenpolitik Fiasko erlitten: denn da der französische Ministerpräsident sich heute noch zu seiner Ruhrpolitik bekenne, so liege darin der Beweis, daß wir durch Locarno und Völkerbund nicht das Beste erreicht hätten. Wir seien seit Locarno immer nur die Gebeuden gewesen und die Rede von Bordeaux zeige, daß wir von Frankreich nichts zu erwarten hätten.

Ein plummes deutschnationales Ablenkungsmanöver! Denn, selbst angenommen, diese Behauptung wäre richtig, so würden die Deutschnationalen genau dasselbe Maß an Schuld an dieser „Illusionspolitik“ tragen wie die anderen Parteien. Denn die Deutschnationalen haben bei ihrem Eintritt in die Koalition des Bürgerblods, dessen stärkster Bestandteil sie waren und noch heute sind, die außenpolitischen Richtlinien des Zentrums vorbehaltlos angenommen: sie verpflichteten sich damals zur Fortsetzung der Politik von Locarno und zum Verzicht auf alle bisherigen chauvinistischen Schlagworte und Forderungen. Deutschnationale Minister und Abgeordnete haben sich dementsprechend verhalten. Zähneknirschend und vielleicht auch innerlich widerstrebend haben sie auf die bequeme „nationale Opposition“ verzichtet müssen. Sobald ein verantwortlicher Führer ihrer Partei außer der Reihe zu tanzen versuchte — z. B. Herr von Freytag-Loringhoven — wurde er auf Befehl des Zentrums sofort desavouiert. So trägt die deutschnationale Partei als stärkste Regierungspartei die Hauptverantwortung für die deutsche Außenpolitik der letzten 15 Monate, insbesondere für ihre Erfolglosigkeit. Der Versuch, die Rede Poincarés gegen die Linke auszubehnten, ist deshalb ebenso plump wie aussichtslos.

Aber diese Rede beweist, wie gesagt, in Wirklichkeit nichts gegen die deutsche Außenpolitik, sondern sie zeigt nur, daß Poincaré seine innere Anpassung an die Politik Briands nach außen zu rechtfertigen bemüht ist. Poincaré hat in seinem Leben — vor allem durch die Ruhrbefehung — manchen Gefallen erwischt. Deshalb stürzen sich die Deutschnationalen instinktiv auf die Rede von Bordeaux und suchen aus ihr Kapital zu schlagen. Aber diesmal ist den Deutschnationalen bei den Wahlen nicht mehr zu helfen, diesmal wird selbst Poincaré als „Reiter“ verfolgt.

Sozialdemokratie und Amnestie

Noch mehr Gnade für reaktionäre Mörder und Totschläger? — Nein!

Der Rechtsausschuß des Reichstags hat sich in den letzten Wochen mit der Frage einer Amnestie befaßt. Die Sozialdemokraten stellten dazu den weitestgehenden Antrag. Würde er angenommen worden, so wäre allen Arbeitern, die bei politischen, wirtschaftlichen und sozialen Kämpfen in die Maschen des Strafgesetzes geraten waren, die Freiheit wieder gegeben worden. Leider wurde er abgelehnt. Um eine Mehrheit zu schaffen, verhandelten dann die Kommunisten mit den Deutschnationalen über einen Austausch der beiderseitigen politischen Gefangenen. Die Kommunisten sollten freigelassen werden. Die Fememörder und die Mörder von Arensdorf aber auch. Dem verweigerten die Sozialdemokraten ihre Zustimmung. Die Deutschnationalen ließen jedoch mit sich handeln und so entstand folgender Antrag, zu dem auch die Mehrheit der Sozialdemokraten im Rechtsausschuß vorbehaltlich der Zustimmung der Fraktion ihr Einverständnis erklärte:

§ 1: Es wird Straferlass gewährt für die zur Zeit des Inkrafttretens dieses Gesetzes noch nicht verurteilten Straftaten, die von Verurteilten des Reiches und der Länder verhängt wurden wegen Straftaten, die aus politischen Beweggründen begangen worden sind. Der Straferlass erstreckt sich auch auf Nebenstrafen, Sicherungsmaßnahmen, rückständige Geldbußen und Kosten.

§ 2: Anhängige Verfahren wegen der im § 1 Absatz 1 umschriebenen Straftaten werden eingestellt. Neue Verfahren werden nicht eingeleitet, soweit sie sich auf Handlungen beziehen, die vor dem 1. Januar 1928 begangen worden sind.

§ 3: Ausgeschlossen von der Straffreiheit (§§ 1 und 2) bleiben Landesverrat (§§ 87—92 des Reichsstrafgesetzbuches) und Verrat militärischer Geheimnisse (Reichsgesetz vom 3. Juli 1914), wenn die Tat aus Eigennutz begangen ist.

§ 4: Ausgeschlossen von der Straffreiheit sind ferner vollendeter oder versuchter Mord oder Totschlag und Teilnahme an einer solchen Straftat. — Strafen, die wegen eines der in Absatz 1 bezeichneten, aus politischen Beweggründen begangenen Verbrechen zur Zeit des Inkrafttretens dieses Gesetzes rechtskräftig erkannt sind, werden in Festung umgewandelt. Freiheitsstrafen werden auf ein Drittel der durch Urteil oder Gnadenurteil festgesetzten Zeitdauer, jedenfalls aber auf nicht mehr als die Hälfte der gesetzlichen Höchstdauer zehnjähriger Freiheitsstrafen herabgesetzt.

Die erlassene Untersuchungsfrist ist auf die hierdurch zu verbüßenden Strafen anzurechnen. Die Befugnis der zuständigen Gnadeninstanzen zu weitergehenden Gnadenurteilen bleibt unberührt.

Die Sozialdemokratische Reichstagsfraktion hat gestern Abend nach mehrstündiger Debatte — bei aller Anerkennung der Motive, von denen sich die Anhänger dieses Kompromisses leiten lassen — dem Antrag die Zustimmung verweigert.

Entscheidend war dafür der § 4, der den Fememördern und den sonstigen rechtsgerichteten Mördern und Totschlägern ganz unerträglich mit der Schwere ihrer Tat und der Gemeinheit ihrer Bestimmung ganz unvereinbare Gnadenbeweise verheißt.

Fememörder würden nach Gesehwerdung dieses Antrags im Höchstfall eine Ehrenhaft von 7½ Jahren (für lebenslängliches Zuchthaus) zumeist aber noch viel geringere Ehrenstrafen zu verbüßen haben. Die Totschläger von Arensdorf würden mit einigen Moralen Ehrenhaft davonkommen! Folge davon wäre, daß auch die Mörder von Erzberger, Gareis usw., wenn sie gefaßt werden sollten, und die zahllosen Gewaltverbrecher von rechts, die von Rechts wegen längst ins Zuchthaus gehören, auf ähnlich gelinde Bestrafung — Ehrenhaft von verhältnismäßig kurzer Dauer — Anspruch erhalten würden.

Die Sozialdemokratische Partei bekämpft seit Jahr und Tag die schier unbegreifliche Milde, die die deutschen Gerichte gegenüber rechtsgerichteten Gewaltverbrechern an den Tag legen. Sie hat immer wieder die Polizei aufgefordert, dem Treiben dieser Leute schärfere Aufmerksamkeit zuzuwenden. Damit hat sie neuerdings gewisse, wenn auch lange nicht ausreichende Erfolge erzielt. Es ist gelegentlich auch nach rechts zugegriffen worden, es wurden Todesurteile ausgesprochen, sie wurden — entsprechend unseren Grundsätzen — durch die Gnade der preußischen Regierung in Zuchthausstrafe umgewandelt. War es wirklich zu verantworten, wenn man diesem eben erst erfolgten Gnadenurteil sofort einen neuen und viel weitergehenden hinzufügt? Wenn man Leute, die den Arm der Gerechtigkeit kaum noch oder überhaupt noch nicht gespürt hatten, wieder laufen ließ oder sie zu verhältnismäßig kurzer Ehrenhaft begnadigte? Ehrenhaft für Leute, die an Gemeinheit der Bestimmung, an viehischer Rohheit bei Ausübung ihrer Taten und an Feigheit ihres Verhaltens vor Gericht das Menschenwürdigste geleistet hatten?

Die Sozialdemokratische Partei verbaute sich selber die Möglichkeit, in Zukunft noch Häufigkeit der Verurteilung und Milde der Justiz gegen rechts zu rügen, wenn sie die geringen Erfolge, die sie im Kampf für die Anwendung der

Sozialdemokratie bauernfeindlich?

Genosse Dr. David antwortet den Landbunddemagogen.

Genosse David wies gestern im Reichstag die deutsch-nationale Behauptung von der Bauernfeindschaft der Sozialdemokratie in das Reich der Märchen zurück. Er führte aus: Die Sozialdemokratie anerkennt die trübselige Lage der Landwirtschaft und ist bereit, an ihre Behebung mitzuarbeiten. Die Landwirtschaft bedeutet die Ernährung des landwirtschaftlichen Innenmarktes für die Produkte der Industrie. Außerdem erhöht eine gesteigerte Landwirtschaft den Druck auf den städtischen Arbeitsmarkt und vermehrt die Arbeitslosigkeit. Darum ist die Sozialdemokratie schon seit Jahren für die Landwirtschaft eingetreten und sie hat sich in Kiel ein umfassendes Programm gegeben zur Förderung der heimischen Bodenkultur sowie der Existenzsicherung und kulturellen Hebung der in ihr tätigen Menschen.

Das uns hier vorgelegte Rotprogramm erstrebt neben der Sanierung der landwirtschaftlichen Verschuldungs- und Kreditverhältnisse die planmäßige Einflussnahme auf den Absatz der landwirtschaftlichen Produkte. Wir können mit einer gewissen Benützung feststellen, daß man damit eine Anleihe bei der sozialistischen Gedankenwelt gemacht hat.

Bei der neulichen Beratung seines Etats hat Minister Schiele den alten, schon seit Jahrzehnten abgenagten Kapitulationsstock von der angeblichen Feindschaft der Sozialdemokratie gegen das bäuerliche Eigentum erneut vor die Jähne genommen. Er hat dabei zwar den Beifall der Rechten gefunden, aber dessenungeachtet war seine Beweisführung durchaus hin-fällig.

Im Kielser Programm fordern wir nicht nur die Erhaltung, Sicherung und Förderung der bestehenden bäuerlichen Eigenwirtschaften, wir wollen sie sogar vermehren auf dem Wege der Ansiedlung und der Neusiedlung.

Es ist auch nicht richtig, daß unser früheres Programm oder Karl Kautsky jemals die Enteignung der Bauern als unser Ziel aufgestellt hätte. Ich verweise Herrn Schiele auf die in Hundert-tausenden von Exemplaren von der Partei verbreiteten Schrift: „Grundzüge und Forderungen der Sozialdemokratie“, die im Jahre 1891 erschienen ist, und dessen grundsätzlicher Teil von Kautsky herrührt. Schon dort ist zu lesen:

„Für die Kleinbetriebe wird wohl auch nach dem Siege des Proletariats das Privateigentum an den Produktionsmitteln fort-dauern — von einer Konfiskation der kleinen Bauerngüter und Handwerksbetriebe phantasieren bloß unsere Gegner.“

Die Bauernenteigner sitzen auf einer ganz anderen Seite. Das sind die Großgrundbesitzer denen die Deutschen national sehr nahe stehen, für deren Vorrechte sie stets eingetreten sind und auch heute noch eintreten. Das Eigentum scheint den Herren von der Rechten um so heiliger zu sein, je größer es ist. Die Enteignung der Millionen kleiner Später durch die Aufwertungsgeetze hat ihnen wenig Kummer gemacht.

Diese großgrundbesitzenden Herren marschieren heute an der Spitze der „Rolleidenden“. Besser wäre es, die Millionen der Kleinbauern führten sich selber.

Ein zweites abträgliches Moment für die Sache der Landwirte ist es, daß man bei der Betonung der eigenen Not oft ganz zu ver-gessen scheint, daß es auch noch andere Rolleidende im Volke gibt.

Wenn der von gewissenlosen Landbundführern angebrochte Kriegszug der Bauern in die Stadt ausgeführt würde, so würde er dort auf Millionen von Menschen stoßen, denen es noch viel schlechter geht, Millionen von hungernden Frauen, Kindern, Kranken, Greisen, Arbeitslosen, Invaliden, Kleinarbeitern, Kriegshinterbliebenen, die sich mit einer jammervollen Ernährung begnügen müssen.

Wollen die Herren von der großen Landwirtschaft die Politik der Sozialdemokratie verstehen, dann vergegenwärtigen sie sich diese Masse von Rolleidenden. Von hier aus haben wir alle wirtschaft-lichen Maßnahmen auf ihre Wirkung zu prüfen.

Bekanntlich ist auch das Anrennen gegen die Arbeitslosenver-sicherung und die Sozialpolitik überhaupt, seitens der Landbund-führer. Die Landwirte sollen nicht vergessen, daß alle Ausgaben für Sozialpolitik mindestens zu zwei Dritteln wieder auf den landwirt-schaftlichen Markt fließen. Auch die 5 Millionen der Kinderpeinigung, die wir beantragt, Sie aber abgelehnt haben, wären für Nahrung ver-ausgabt worden, also der Landwirtschaft mit zugute gekommen.

Die Herren tun so, als ob die landwirtschaftlichen Arbeitgeber die Landwirtschaft seien. Wieviel Landwirte sind denn Arbeiter? Nach der Zählung von 1925 gab es 5,14 Mil-lionen landwirtschaftliche Betriebe, davon hatten weniger wie zwei Hektar 3,07 Millionen, d. h. drei Fünftel aller landwirtschaftlichen Betriebsinhaber geben nebenbei selber noch auf Lohnarbeit, sind also an der Sozialversicherung mit interessiert. Auch die 900 000

Kleinbäuerlichen Betriebe von zwei bis fünf Hektar sind keine Arbeit-geber. Auch auf sie wünschen wir die soziale Fürsorge ausgedehnt zu sehen. Wir fordern auch für sie Krankenversicherungen, Wochen-hilfe, Lebens-, Invaliditäts- und Altersversicherung, um ihre Existenz vor Schicksalsschlägen zu schützen. Diese kleinen und kleinsten Land-wirte sind es, denen die sozialdemokratische Bauernpolitik helfen will.

Freilich kann alle Betriebs- und Sozialhilfe der bäuerlichen Wirtschaft nicht zum Gebelien verhelfen, wenn nicht mit dem nötigen Absatz der bäuerlichen Qualitätsprodukte gefordert ist.

Dieser Absatz zu angemessenen Preisen kann aber nicht durch mecha-nische Erhöhung der Zölle und Grenzabsperrungen erreicht werden. Solche Maßnahmen führen bekanntlich zu Gegenmaßnahmen, zu weiteren Erschwerungen unserer Exports, zu Industriekrisen, erhöhter Arbeitslosigkeit, was wiederum eine Schädigung der Aufnahmefähig-keit des städtischen Marktes für landwirtschaftliche Produkte bedeutet. Wir wollen die inländische Bauernwirtschaft konkurrenzfähig machen mit dem Ausland durch Verbilligung und Verbesserung der Pro-duktion.

Außerdem aber muß die Preisspanne zwischen Erzeuger- und Kleinverkaufspreis herabgesetzt werden. Sie betrug in den Jahren 1911 bis 1913 78 Proz. Im Jahre 1927 stieg sie zeit-weise auf 140 bis 150 Proz.

Diese Preisspanne zu erniedrigen, ist eine Hauptaufgabe. Wird der Weg vom Erzeuger zum Verbraucher nicht durch die Verbindung mit den großen Verbrauchergesellschaften der Städte verkürzt, dann wird die Preisspanne nicht erniedrigt, und voraussichtlich würde dann die weitere Erhöhung der Kleinhandelspreise die einzige Wirkung sein. Das würde aber zu einer weiteren Einschränkung des Konsums führen. Was hilft die erstrebte Verknappung des Angebots, wenn sie eine Verknappung der Nachfrage zur Folge hat und wo will man hin mit der erstrebten Steigerung der Produk-tion, wenn durch Verteuerung der Absatz noch weiter erschwert wird.

Für die heimische Landwirtschaft ist die Aufnahmefähigkeit des städtischen Marktes, also die Kaufkraft der städtischen Bevölkerungs-massen von entscheidender Bedeutung. Ohne sie ist eine Entwicklung der intensiven bäuerlichen Wirtschaft nicht möglich. Von dieser Seite paßt die Sozialdemokratie diese Sache an.

Der heutige Ernährungsstand unserer Bevölkerung bleibt weit hinter dem zurück, was im Interesse der Volksgesundheit zu wünschen wäre. 50 Kilogramm Fleisch pro Kopf und Jahr bedeutet ein Viertel Pfund pro Tag.

Wir haben keine Heberproduktion an Fleisch, wie Herr Schiele meint, sondern eine Unterkonsumtion.

Nicht die Produktion ist zu verknappen, sondern der Konsum muß gesteigert werden. Das gleiche gilt für Milch und andere land-wirtschaftliche Produkte. Jede erfolgreiche Sozbe-wegung erhöht die Aufnahmefähigkeit des städti-schen Marktes für bäuerliche Produkte. Man sollte darum meinen, die Landwirte ständen bei dem Kampf der So-zialdemokratie und der Gewerkschaften für Einkommenserhöhung der städtischen Arbeitermassen mit ihrer Sympathie auf Seiten der Arbeiter. Aber auch hier geben die großen Agrarier den Ausschlag, auch hier fühlen sie sich nur als Arbeitgeber.

Die Grundwurzel des Übels ist die ungerechte volkswirtschaftlich un-zweckmäßige Verteilung des Arbeitsertrages. Kleinkommen einer dünnen Schicht Reicher und Reichster auf der einen Seite, und unzureichendes Ein-kommen der Millionen Armer und Kleinrentner auf der anderen Seite. Je größer aber das Einkommen eines einzelnen, desto geringer ist der Prozentteil, der für landwirtschaftliche Produkte ausgegeben wird. Je kleiner das Einkommen, ein um so größerer Prozentteil davon fließt dem landwirtschaftlichen Markt zu. Familien mit geringem Einkommen geben die Hälfte bis zwei Drittel für Nahrungsmittel aus. Der Millionär läßt kaum 10 Proz. seiner Revenue auf den landwirtschaftlichen Markt zurückfließen. Daher ist der Kampf der Sozialdemokratie für gerechten Ausgleich der Ein-kommen auch ein Kampf für die Hebung des Einkommens der bäuer-lichen Volksmassen. Der Kapitalist, der seinen Arbeitern ausreichende Löhne vorenthält, entbehrt der Kundenschaft des Bauern das nötige Geld vor, um so viele gute landwirtschaftliche Produkte zu kaufen, als es für seine Ernährung notwendig wäre. Hier ist die breite Brücke der wirtschaftlichen Interessengemeinschaft zwischen den wertvollen Volksmassen in Stadt und Land.

Erst wenn diese Einkünfte auf beiden Seiten Gemeingut geworden, erst wenn beide Teile sich zu zielbewusster politischer Machtbildung zusammenschließen, erst dann werden sie stark genug sein, eine Politik durchzusetzen, die ihren gemeinsamen Interessen dient, eine Politik, deren Hauptziel ist, die wirtschaftliche Hebung der breiten Massen von unten auf als der unerlässlichen Voraussetzung auch der geistig kulturellen Höherentwicklung unseres Volkes auf der ganzen Linie. (Lebhafter Beifall bei den Sozialdemokraten.)

Gesetze auch noch rechts erzielt hatte, durch die Annahme eines solchen Antrags selber vernichten half. Polizeibe-amte, die sich weigerten, etwas gegen rechts zu riskieren, Richter, in deren Hand das Schwert des Rechts, sobald es gegen rechts geschwungen werden sollte, stumpf wurde — sie alle konnten sich dann darauf berufen, daß die Sozialdemokratie ja selber die bisher gegen rechts-gefällten Urteile zu scharf gefunden und gemildert habe.

Die Sozialdemokratische Partei führt ihren Kampf gegen rechts vor allem zum Schutz ihrer eigenen Genossen im Lande, zum Schutz der republikanischen Bevölkerung vor rechtsradikalem Terror. Jetzt eben erst bricht auf dem platten Lande eine neue Welle dieses Terrors los. Die Genossen, die Reichsbannerkameraden, die Arbeiter im Lande, die bei den Wahlen hinausgehen werden, um für ihre Ueberzeugung zu werben, wollen wissen, daß sich niemand ungestraft an ihnen vergreifen darf! Würde der Amnestieantrag, so wie er der Fraktion vorlag, Gesetz, so würden z. B. auch die Hakenkreuzbanditen von Lichterfelde noch vor dem Urteil auf freien Fuß zu setzen sein. Das hieße für alle ähnlichen Fälle bei den Wahlen einen Freibrief ausstellen!

Das waren, kurz zusammengefaßt, die Gründe, von denen sich die sozialdemokratische Reichstagsfraktion bei ihrer Ent-scheidung leiten ließ. Sie will die Amnestie nach links. Die meisten Kommunisten, die heute gefangen sitzen oder denen noch Strafverfolgung droht, haben ihre Laten im Jahre 1923, vor fünf Jahren, unter ganz anderen Ver-hältnissen als den heutigen begangen. Die Kommunistische Partei hat auf praktische Propaganda für gewaltsames Vor-gehen längst verzichtet. Die Arbeiter, die vor fünf Jahren einer verhängnisvoll falschen Parole folgten, haben mehr als genug dafür gebüßt. Neue Prozesse — wie der immer wieder hinausgeschobene berühmte Zentrale-Prozess — sind sinnlos geworden. Die Sozialdemokratie wird bei den Wahlen dafür kämpfen, daß eine weitgehende Amnestie erlassen wird. Sie wird den Einfluß, den sie durch die Wahlen er-ringen wird, dafür einsetzen, daß den Opfern der Kämpfe von 1923 die Freiheit wiedergegeben wird. Sie wird weiter eintreten für Gerechtigkeit und Menschlichkeit — nicht aber für Schulpflichtigkeit der Republik und der Arbeiter gegenüber den Mördern und Totschlägern der Reaktion.

Das bedeutet die Entscheidung, die die sozialdemokratische Reichstagsfraktion gestern gefaßt hat. Die Kommunisten hätten allen Grund, mit ihr zufrieden zu sein und — zu schweigen. Wollen sie das nicht, so kann auch weiter ge-sprochen werden. Wir sind dazu bereit.

Demokratischer Plan mit Wirth.

Kandidatur auf der demokratischen Liste in Düsseldorf?

Der „Demokratische Zeitungsdiener“ schreibt: Nachdem Reichskanzler Dr. Wirth in seinem bisherigen Wahl-kreis nicht wieder als Kandidat für den Reichstag aufgestellt worden ist, ist innerhalb der demokratischen Parteiorganisationen Düssel-dorf-Ost und Düsseldorf-West die Absicht erörtert worden, Dr. Wirth auf die demokratische Liste der beiden Wahl-kreise zu stellen. Diese Absicht ist dem Gedanken entsprungen, daß ein Mann von der Bedeutung Wirths unbedingt einen Sitz im kommenden Reichstag haben muß. Es besteht ein allgemeines Interesse, Wirth als den stärksten Repräsentanten des Gedankens der Weimarer Koalition in den Reichstag zu entsenden.

Den demokratischen Parteiorganisationen in den Düsseldorf-er Wahlkreisen liegt es fern, damit eine Unfreundlichkeit gegenüber der Zentrumspartei auszusprechen. Es ist deshalb auch nicht beabsichtigt, mit dieser Kandidatur irgendeinen besonderen Kampf gegen das Zentrum zu führen, ebensowenig soll Wirth verpflichtet werden, der Demokratischen Partei oder Fraktion als Mitglied oder Hospitant beizutreten. Auch ist nicht an eine Bindung hinsichtlich Wirths zu-künftiger Zugehörigkeit zur Zentrumsfraktion gedacht.

Da Dr. Josef Wirth von diesem Gedanken noch keine Mitteilung zugegangen ist, so hat er selbstverständlich dazu auch noch keine Stellung nehmen können.

Bei der letzten Reichstagswahl erhielten die Demokraten in Düsseldorf-Ost 45 953 Stimmen, in Düsseldorf-West 26 698, zusammen also 72 651 Stimmen. Durch die Listenverbindung erhielten sie ein Mandat in Düsseldorf-Ost, das der Abge-ordnete Erkelenz inne hat.

Der wahre Grund.

Im „Börsen Beobachter“ sagt Prälat Dr. Schöfer, der mit Hilfe des Reichsfinanzministers Dr. Köhler Wirth abgelehnt hat, den wahren Grund dafür auseinander:

„Am Hinterland wartet die Bevölkerung noch auf die Erfüllung der Eisenbahnwünsche. Es kann nur von Vorteil sein, wenn ein Mann wie Dr. Köhler als Fürsprecher auch für die Bahnwünsche des Hinterlandes in Berlin sich einsetzt.“

Also Wirth abgelehnt wegen der Bahnwünsche des Hinterlandes — das ist schon offener Hohn!

Pariser Urteil über den Fall Wirth.

Paris, 26. März. (Eigenbericht.)

Der „Temps“ widmet am Montag dem deutschen Wahl-kampf und der politischen Bedeutung seines Ausfalles eine Be-trachtung, in der er ausdrücklich feststellt, daß die Koalition mit den Nationalisten unter der Wucht der demokratischen Welle, deren Existenz ebenso unzulänglich sei wie die Strömung zugunsten einer Politik europäischer Zusammenarbeit, zusammenge-brochen sei. Allerdings dürfte darüber nicht vergessen werden, daß die Entwicklung in Deutschland in erster Linie von der Hal-tung des Zentrums bestimmt werde, in dem der reaktionäre Flügel wiederum die Oberhand zu gewinnen drohe. Der Aus-schluß Wirths von der Kandidatur sei bezeichnend für diese Be-strebungen; Wirth werde von der politischen Bühne entfernt, weil er die Zusammenarbeit mit den Nationalisten bekämpft habe und für eine Verständigungspolitik mit den Westmächten eingetreten sei. Die Zentrumsführer wollten sich also die Möglichkeit einer Einigung mit der Rechten, wie sie vom Großen Westarp unaufhörlich gepredigt wird, offen lassen. Unter diesen Verhältnissen werde der Ausgang der Wahlen letzten Endes von dem Maß der sozialistischen Erfolge abhängen. Nur wenn die Linke einen eklatanten Wahlsieg davon-tragen könnte, würden die deutschen Mittelparteien sich zur Bildung der Großen Koalition verstehen, um ihren Einfluß auf die Regierung nicht zu verlieren.

Die reaktionäre Universität Wien verbietet Schwarz-Rot-Gold, welche Farben die demokratischen Studenten tragen.

Außersitzung, der Gründer und Führer der Nationalsozialen Partei, wurde aus seiner Partei — ausgeschlossen.

Städtetag fordert Laten.

Deffnung der Grenzen für öffentliche Auslandsanleihen.

Der Vorstand des Deutschen Städtetages hat sich auf seiner letzten Tagung mit der finanz- und wirtschaftspolitischen Lage befaßt und einstimmig einer Entschließung zugestimmt, in der es heißt:

„Die deutschen Städte sind infolge Verjagens des inländischen Kapitalmarktes zur Befriedigung ihrer dringenden wirtschaftlichen und produktiven Aufgaben auf den ausländischen Kapitalmarkt angewiesen. Eine unterschiedliche Behandlung der privaten Wirtschaft und der öffentlichen Wirtschaft ist in keiner Weise gerechtfertigt. Durch künstliche Absperrung des ausländischen Kapital-marktes werden die deutschen Städte gehindert, ihren interna-tional anerkannten hohen Kredit zugunsten der gesamten deutschen Wirtschaft auszunutzen. Die Gemeinden sind bereit, für das Jahr 1928/1929 an der Aufstellung eines Gesamtplanes für den dringlichsten Auslandsanleihebedarf mitzuarbeiten, der den repara-tionspolitischen Gesichtspunkten und den Verhältnissen am aus-ländischen Kapitalmarkt Rechnung trägt.“

Von der Ueberzeugung erfüllt, daß die den deutschen Städten obliegende Arbeit für Staat und Volk nur auf der Grundlage gemeindlicher Selbstverwaltung und Selbstverwaltung geleistet werden kann, richtet der Vorstand des Deutschen Städtetages an die Reichsregierung das dringende Ersuchen, nimmeh mit größter Beschleunigung die Hemmungen zu beseitigen, die einer sofortigen Erschließung des ausländischen Anleihemarktes entgegen- stehen.“

Rentenbank und Preußentasse.

Der Hauptausschuß des Reichstages beriet gestern abend die Novelle zum Gesetz über die Rentenbankkreditanstalt. Reichsernährungsminister Schiele begründete das Kompromiß, dem der Reichsrat zugestimmt hat. Am Schlusse der Begründung erklärte er, daß die Reichsregierung sich zwar grundsätzlich bereit erklärt habe, sich an der Erhöhung des Grundkapitals der Preußen-tasse zu beteiligen, daß aber nach dem preußischen Gesetzentwurf die Voraussetzungen dafür nicht gegeben sei, da dem Reich kein wirt-

samer Einfluß bei der Bestellung des Direktoriums eingeräumt werde.

Mehrere deutsch-nationale Anträge sollen das Kompromiß in großräumigerem Sinne erweitern. Die sozialdemo-kratische Vertreter warnten davor, das Kompromiß zu ge-fährden, der Vertreter Preußens erklärte, daß die preußische Staatsregierung diesen Anträgen schwerlich zustimmen könne. Die Anträge wurden daraufhin zurückgewiesen, der Entwurf unverändert genehmigt.

Die nächste Sitzung des Hauptausschusses findet voraussichtlich am Donnerstag statt.

Techniker-Pogrom in Rußland.

Riga, 26. März.

Ein deutscher Ingenieur, der in Rußland eine leitende Stellung bekleidet, erklärte auf seiner Durchreise von Moskau nach Berlin einem Vertreter der „Rigischen Rundschau“, es lasse sich bisher noch nicht feststellen, wieviele Techniker in der letzten Zeit verhaftet worden seien; doch scheinen nahezu sämtliche Techniker, die noch aus der Vorkriegszeit zurückgeblieben waren, festgenommen worden zu sein. Die Aufforderung der GPU an die russische Arbeiterschaft, den Spezialisten auf die Finger zu sehen, habe bereits zu unzähligen Denunziationen geführt, nicht nur im Donz-Gebiet, sondern in den gesamten Industrie-gebieten. Man höre bereits wieder von neuen Verhaftungen unter Eisenbahn- und Bautechnikern.

Unterdrückung des National-Ukrainertums.

Warschau, 26. März. (Eigenbericht.)

Nach Berichten aus der Sowjet-Ukraine sollen dort etwa 50 Personen wegen national-ukrainischer Propaganda verhaftet worden sein, darunter der Gelehrte und Schriftsteller Professor Symonowitsch und Dr. Tschitalenko. Die ukrainischen Sozialisten Frau Dr. Surowkowa und Dr. Patreut sollen erschossen worden sein.

Brandenburger Parteitag.

2. Verhandlungstag.

Am Sonntag diskutierten die Delegierten des Parteitags für den Bezirk Brandenburg-Grenzmark der Sozialdemokratischen Partei zunächst über die Vorstandsberichte. Soweit Kritik laut wurde, beschränkte sie sich auf untergeordnete organisatorische Fragen. In seinem Schlusswort teilte Genosse Krüger mit, daß die Rathenower Parteibetriebe mit den Geschäften in Brandenburg an der Havel verschmolzen wurden und daß seit dem 15. März in Rathenow ein eigenes Parteiorgan, die „Rathenower Zeitung“, erscheint. (Beifolles Bravo!) Die Berichte wurden in der Schlussabstimmung gutgeheißen.

Nach der Erledigung der zum Geschäftsbericht gehörenden Anträge nahm Landtagsabgeordneter Genosse Heilmann das Wort zu seinem Referat über „den kommenden Wahlkampf“:

Die Koalitionsparteien des Landtags sind bereit, für eine Verlegung der Wahlen auf den 13. Mai einzutreten.

Erfolgslosigkeit auf allen Gebieten, besonders aber in der Außenpolitik, ist das Ergebnis des Bürgerblocks. Während ihrer Regierungszeit sind den Deutschnationalen so ziemlich alle Auktionsproben, mit denen sie bisher gearbeitet haben, aus der Hand geschlagen worden. Nach wie vor hat Stresemann in Genf die Friedenspolitik fortgesetzt, nach wie vor sind die Reparationszahlungen geleistet worden, ja die Deutschnationalen haben sie freiwillig erhöht! Die Kriegsschuldfrage die Entfernung des fremden Militärs, die Wiedereinverleibung des Saarreviers, der erstrebte Anschluß Oesterreichs: alles ist unerledigt geblieben. Was bisher außerpolitisch erreicht wurde, haben republikanische Regierungen vor den Deutschnationalen zustande gebracht. Sollen weitere Erfolge erzielt werden, so müssen wir wieder eine Regierung des ehrlichen Friedenswillens haben, eine Regierung des bewußt internationalen pazifistischen Friedensgedankens.

Auf dem Gebiete der inneren Politik hinterläßt der Bürgerblock einen großen Schutthaufen unerledigter Gesetzentwürfe.

Dem Schulgesetz, dem Strafrechtsentwurf brauchen wir keine Träne nachzumeinen. Keinen Schritt vorwärts auf dem Gebiete der Vereinheitlichung des Reichsgebietes. Allerdings ist auch nichts gegen die Verfassung unternommen worden; die schwarzrotgoldene Reichsflagge wird auch von den deutschnationalen Ministern am Auto geführt. Damals, als Herr von Schlang-Schönningen das Wort von den Befähigungslumpen sprach, mit denen keine Regierungskoalition etwas anfangen könne, dachte er sicher nicht daran, wieviel von ihren Grundfähigkeiten die Deutschnationalen während ihrer Regierungszeit aufgeben würden!

Nur auf dem Gebiete der Personal- und der Wirtschaftspolitik haben die Deutschnationalen Erfolge gehabt. Der Reudelsche Beamtenschub hat gezeigt, wie Futterkripenpolitik gemacht wird. Die Demokratisierung der Verwaltung muß eben von Sozialdemokraten und Demokraten gemacht werden; wer Personalpolitik treiben will, muß zuerst Regierungspolitik treiben; deshalb gehören in eine republikanische Regierung überzeugte Republikaner. Wir sind jedenfalls entschlossen, unsere Kraft für

eine ehrliche Republikanisierung der Verwaltung

einzusetzen. Bei der Justiz werden wir anfangen müssen! Abbau des Mieterschutzes, Angleichung der Werten an den Ander zwecks Bereicherung des Grundbesitzes, Entlastung des Bekleides vom Steuerzahn, Belastung der Arbeiterschaft mit neuen Steuern, neuen hohen Steuern auf notwendige Lebensmittel, das ist das Ergebnis bürgerblöckerischer Regierungskunst auf dem Gebiete der Wirtschaft. Es ist ein Wahnsinn, zu glauben, man könne der Landwirtschaft helfen, indem man die Industrieproduktion vermindert läßt, die 77 Prozent der Gesamtbevölkerung ausmacht! Aber man soll die Landwirtschaft verkaufen, wenn der Industrie- und Handelsarbeiter nicht lausträchtig ist. Der deutschnationale „Morus zur Tat“ an die Landbevölkerung ist schlimmste Demagogie, wie sie selbst die Kommunisten nicht treiben.

Maner man will die Landbevölkerung so aufziehen, daß kein sozialdemokratischer Flugblattverbreiter mehr ohne Lebensgefahr aufs Land hinaus kann.

(Sehr richtig!) Wehrlich ist es mit der von den Deutschnationalen erstrebten Amnestie für die Fememörder. Diesem Wunschem der Menschheit wollen die Rechtspartei der Prätorenkrone verschaffen, der Fememörder und das politische Robeiverbrechen sollen sanktioniert werden.

Die sozialdemokratische Reichstagsfraktion ist aufzufordern, in der Frage der Amnestie stark zu bleiben; das Leben der Parteigenossen und Reichsbannerkameraden muß geschützt werden. Wo die Reichsregierung verhandelt, muß Preußen eingreifen. Friedliche Versammlungen sollen geschützt,

aber der Terror des Landbundes muß gebrochen werden!

Wir sind klar über die Aufgaben des neuen Reichstags. Die Kriegsschuldfrage muß erledigt werden, internationale Wirtschaftsabkommen sind abzuschließen, damit die Industrie und der Handel sich nicht auf dem Rücken einer herabgedrückten Arbeiterschaft totkurrieren. Der Bauer muß zur Hervorbringung eines guten Standardproduktes erzoogen werden, Jälle helfen ihm nicht.

Welche Partei soll uns im Wahlkampf entgegenreten? Die Deutschnationalen sind blamiert bis auf die Knochen; die Deutsche Volkspartei ist an die Deutschnationalen geschnitten und trägt deren Schuld mit. Das Zentrum hat keine Rechnung diesmal „ohne den Wirth“ gemacht, die Frage ist nur, ob sie aufgeben wird. Die Wirtschaftspartei erinnert in ihrer Politik stark an die Politikaerei gewisser Bierbankpolitiker. Oder sollen wir im Wahlkampf die Kommunisten fürchten? In Rußland ist doch wohl der sozialistische Aufbau bis heute noch nicht begonnen und er wird auch nicht begonnen werden können, weil Sozialismus keine Sache der Gewalt, sondern der Ueberzeugung ist.

Nein, wir haben keine Furcht vor den Zeinen, die wohl Panzerkreuzer bemitteln, aber die geringen Mittel für die Kinderpeisung, für die Krüppelfürsorge, für die Auslandsdeutschen, Rentner, Invalidenangelegenheiten abgelehnt haben mit kalter Miene.

Das Resultat des Wahlkampfes wird den Sünden des Bürgerblocks entsprechen, es wird aber auch entsprechen unserem unbegrenzten Kampfeswillen und unserem festen Siegesbewußtsein. (Beifolles Bravo!) und Händelklatschen.)

Der Parteitag beschloß einstimmig die folgende

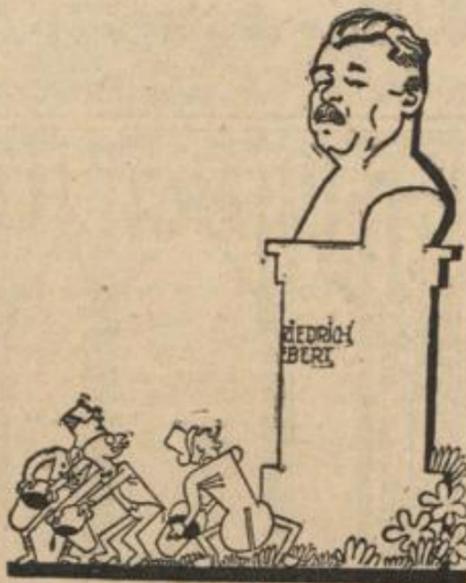
Resolution:

„Die Bürgerblockregierung im Reich hat auf der ganzen Linie vollständig bankrott gemacht. Insbesondere haben die deutschnationalen Minister in der Reichsregierung restlos versagt. Um zu vermeiden, daß es der deutschen Landwirtschaft noch nie schlechter gegangen ist als unter dem gegenwärtigen deutschnationalen Reichslandwirtschaftsminister Schiele, sucht der Landbund seit Wochen in freier, ja geradezu verbrecherischer Weise die ländliche Bevölkerung gegen Preußen und die staatliche Ordnung überhaupt aufzuheizen. Aufforderungen zum Steuerstreik und zur Gewalt, Aufrufe zum gewalttätigen Umsturz der Republik und Appelle an die Waffen sind in den Landbundesversammlungen zahllos ergangen. In zügelloser Demagogie und grenzenloser Verlogenheit hegt der Landbund gegen die Stadt, gegen den Staat, gegen die Arbeiterklasse, gegen die Sozialverwaltung und besonders gegen die Sozialdemokratie. Mit allen Mitteln wird auf dem Lande jene Stimmung geschürt, die sich in den Worten von Arensdorf entladen hat. Der Landbund will den Terror organisieren und der Sozialdemokratie ihre aufklärende Arbeit auf dem Lande mit Gewalt unmöglich machen.

Der Parteitag appelliert deshalb an die Preussische Staats-

Das Urteil der Geschichte.

Der Dornat-Ausschuß des Reichstags erkannte einstimmig, daß der verstorbene Reichspräsident Ebert völlig unbemerkelt aus der Untersuchung hervorgegangen ist.



Dred haben die Verleumder genug geschleudert ...



... aber nur sich selber befudet.

Wieder einmal Stocfung.

Die deutsch-polnischen Wirtschaftsverhandlungen wieder erschwert.

Die deutsch-polnischen Verhandlungen über den Abschluß eines Handelsvertrages dauern nun bereits mehr als drei Jahre. Sie haben in dieser Zeit wechselvolle Phasen durchgemacht und schienen mehr als einmal dem Scheitern nahe. Ein Abschluß, wenn auch in dem beschränkten Rahmen des sogenannten „kleinen Handelsvertrages“ schien bereits in Sicht, da es dem Geschäft des deutschen Gefandten Kaufser gelang, eine Einigung in der Niederlassungsfrage herbeizuführen. Die deutsche Regierung hat sich daraufhin zu begrenzten Zugeständnissen in der Frage der Einfuhr polnischer Schweine und Rohls bereit erklärt. Die Verhandlungen erfuhren dann Ende v. J. eine schließliche Belebung. Nun ist wieder eine bedauerliche Stocfung eingetreten. Ihre äußere Ursache liegt in dem polnischen Grenzdekret, das die Vereinbarungen in der Niederlassungsfrage zum guten Teil über den Haufen wirft und dessen befruchtigende Abänderung trotz deutscher Vorstellungen bisher nicht erfolgt ist.

Die polnische Presse ist jetzt natürlich eifrig bemüht, dieses Grenzdekret zu rechtfertigen und als harmlos hinstellen; der sozialistische „Rabotnik“ aber mißbilligt die Verschlechterung der Lage der Reichsdeutschen in der Grenzzone. Gleichzeitig tritt die polnische Presse, offenbar auf offizielle Weisung, die Theorie, das Grenzdekret bilde für Deutschland nur den Vorwand, die Verhandlungen zu verschleppen oder zu sabotieren. Dieser Vorwurf ist falsch. Gewiß agitiert man rechts im Zusammenhang mit den bevorstehenden Wahlen gegen einen deutsch-polnischen Handelsvertrag, aber die für die jetzigen Verhandlungen maßgebenden Beschlüsse hat schon die Rechtskoalition mit Einschluß der Deutsch-

nationalen gefaßt und es besteht nach unseren Informationen auf deutscher Seite weder ein Anlaß, noch die Absicht, nach diesen Beschlüssen abzugeben. Die Sache liegt vielmehr umgekehrt! Die polnische Regierung wünscht sehr eine Verzögerung der Verhandlungen, weil man damit rechnet, daß die bevorstehende Reichstagswahl eine Linkskoalition zur Folge haben wird und dann größere Zugeständnisse zu erwarten wären. Es handelt sich hier jedoch um eine Berechnung, die — was diese Konzessionen anbetrifft — nicht auf sehr starken Füßen steht. Die deutsch-polnischen Verhandlungen stocken wieder einmal. Darin liegt die große Gefahr, daß der Zollkrieg zwischen Deutschland und Polen sich verschärft, vor allem, wenn die polnischen Maximalzölle Deutschland gegenüber in Kraft treten sollten. Von deutscher Seite scheint man sich bemühen zu wollen, eine solche Verschärfung zu vermeiden. Man hat das Grenzdekret nicht zum Anlaß genommen, die Verhandlungen formell zu unterbrechen, sondern nur offiziös eine eingehende Prüfung dieses Dekrets angekündigt. Offenbar besteht die Absicht, über dieses Dekret weitere Erörterungen mit der polnischen Regierung zu führen. Das würde gewissermaßen eine Fortsetzung der Niederlassungsverhandlungen sein. Auf diese Art würde mindestens die förmliche Unterbrechung vermieden werden.

In jedem Falle besteht aber — nicht auf deutschen Wunsch, sondern infolge des Verhaltens der Polen — wenig Aussicht, daß es vor den deutschen Neuwahlen zum Abschluß der Verhandlungen kommt. Das ist gewiß bedauerlich. Aber nach Lage der Dinge muß man zufrieden sein, wenn wenigstens neue Spannungen und Kampfmaßnahmen vermieden werden.

regierung, dem verbrecherischen Treiben des Landbundes mit aller Schärfe entgegenzutreten und alle polizeilichen und gerichtlichen Mittel nachdrücklich in Anwendung zu bringen, um rechtzeitig weiteren Missständen vorzubeugen und die Werbestreitigkeit und Wahlfreiheit auch auf dem Lande unbedingt sicherzustellen.

Dann gab Reichstagsabgeordneter Genosse Heinig Ausführungen über die Phobus-Geschäfte des Reichswehrministeriums, Reichstagsabgeordneter Genosse Dr. Breitscheid behandelte kurz außenpolitische Fragen. Die dem Parteitage vorliegenden Kandidatenlisten für die Reichs- und Landtagswahlen in den Wahlkreisen Potsdam I und Frankfurt a. d. O. wurden ohne Debatte gutgeheißen.

In den Zentralvorstand wurden zwei Frauen neu gewählt, und zwar Lorenz, Audenwalde, und Kabelle, Brandenburg. Mit dem Wunsch, daß die Wahlen das Ergebnis haben, das die Sozialdemokratische Partei erwartet und erstrebt, erklärte Genosse Stahl die Verhandlungen für beendet. Mit dem Gesang des Sozialistenmarsches und einem Hoch auf die Partei schloß der Parteitag.

Wie sich die Saarlwahl erklärt.

Durch schlimmste Demagogie des Zentrums.

Saarbrücken, 26. März. (Eigenbericht.)

Die Landesratswahl des Saargebietes war infolge der inzwischen eingetretenen Frankendeflationen naturgemäß begleitet von einem Anwachsen der Radikalen rechts und links. Daneben aber wird das Wahlergebnis charakterisiert durch starke Wahlmüdigkeit und durch größte Wahldemagogie des Zentrums, das seinen geistlichen Heerban zu einer krupellosen und die Gegner in der niedrigsten Weise verkrumdenden Kampagne ausgedient hatte. Auf diese Weise brachte man vor allem die katholischen Frauen recht zahlreich an die Urne, so daß das Zentrum von der Wahlmüdigkeit kaum betroffen wurde. Trotzdem erhielt es ebenso wie die Kommunisten nicht ein Mandat mehr. Erfolge haben lediglich die Deutschnationalen und die Christlich-sozialen zu verzeichnen. Die beiden Parteien, die man als die eigentlichen Träger des deutschen Gedankens an der Saar ansprechen muß, die Sozialdemokratie und die Deutsch-Saarländische Volkspartei, bezahlten ihre auf die großen Saargebietspunkte eingestülzte Wahlagitiation mit je einem Mandat Verlust.

Die Presse aller Parteien, von den Sozialdemokraten bis zu den Deutschnationalen, stellt übereinstimmend fest, daß die Wahlmethode des Zentrums in diesem Kampf einen seit langem nicht mehr gekannten und unerhörten Tiefstand erreicht hat. Des größte Blatt des Saargebietes, die bürgerliche „Saarbrücker Zeitung“

schreibt dazu: „Obenan mit unsachlichen Ausfällen steht das Zentrum, diese Partei, die gewiß weder im Reich noch im Saargebiet über mangelhafte Beteiligung an den Regierungs- bzw. den Verwaltungsgeschäften klagen kann, die im Gegenteil eine im Verhältnis zu ihrer Bedeutung fast zu große Rolle spielt, jammert beiden Wahlen stets über die Unterdrückungsgelüste der bösen anderen katholischen Parteien... Und wie ist es in der Tat? Mit dem Unterdrücktein der Katholiken verhält es sich genau wie mit dem Sicherheitsgefühl der Franzosen. Man spricht bei jeder passenden Gelegenheit laut davon, um die gegenteiligen Tatsachen zu verdecken!“

Gasbomben gegen Streikende!

Wie im freien Amerika Grubenstreiks belämpft werden.

Im nordamerikanischen Grubenstreikgebiet hat das Vorgehen der Polizei in den letzten Tagen ungeheure Erregung hervorgerufen. Es regnet Verhaftungen von Streikführern und Streikposten und ihre sofortige Verurteilung zu langjährigen Freiheitsstrafen; in Pittsburg ist es bereits zu schweren Unruhen gekommen. Die erbitterte Menge, darunter viele Frauen, wandte sich gegen Streikbrecher, wurde aber von der Polizei ohne vorherige Warnung mit Tränengasbomben angegriffen. Bei späteren Zusammenstößen wurde ein Grubendirektor bis zur Bewußtlosigkeit geprügelt.

Während die Polizei die Wirkung ihrer Gasbomben auf die Streikenden erprobte, konferierten die für den Streik verantwortlichen Industriefürer Schwab und Kockefeller jun. in Washington in dem Senatsauschuß, vermutlich um mit Hilfe weiterer staatlicher Machtmittel die Streikenden mürbe zu machen!

Pulschiffenpension. Die 26. Zivilkammer des Landgerichts Berlin hatte das Reich vor wenigen Monaten zur Zahlung von 440 Mark Pension an den Pulschiffen Bischof verurteilt. Das Reichswehrministerium legte gegen diese Entscheidung beim Reichsgericht Berufung ein, der — anders als bei Wilmsh und Jozow — stattgegeben worden ist. Die kleinen Diebe hängt man und die großen läßt man laufen.

Der Hauptvorstand der Deutschen Sozialdemokratischen Partei Polens hat in seiner gestern in Bielsch abgehaltenen Sitzung beschlossen, daß der deutsche sozialdemokratische Abgeordnete für den Warschauer Sejm nicht den Gruppen der polnischen Sozialisten beitreten, sondern eine eigene Gruppe bilden soll. Jedoch soll er in enger Verbindung mit den polnischen Sozialisten bleiben.

Röhl in Irland gelandet.

Berlin—Baldonel in 9 Stunden und 30 Minuten.

Das deutsche Ozeanflugzeug des Hauptmanns Röhl, der Junkers-Claseder „Bremen“ (D 1167), ist englischen Meldungen zufolge am gestrigen Montagmorgen um 5.30 Uhr mitteleuropäischer Zeit auf dem irischen Militärflugplatz Baldonel südlich der Hauptstadt Irlands glatt gelandet. Röhl hat für die Zurücklegung der Strecke Berlin-Baldonel knapp 9 1/2 Stunden gebraucht und sein vorläufiges Ziel ohne Zwischenlandung erreicht. Da die zurückgelegte Strecke rund 1600 Kilometer beträgt, hat also die Maschine eine Durchschnittsgeschwindigkeit von 170 Stundenkilometern entwickelt. Wie Röhl und Baron v. Hünefeld nach ihrer Landung in Baldonel erklärten, wollen sie, sobald das Wetter über dem Atlantik es irgendwie erlaubt, zur Ozeanüberquerung starten.

Start in Tempelhof

Während wir noch folgende Einzelheiten: Während der Nacht hatten Röhl und Herr v. Hünefeld, die sich in der Gesellschaft einiger Freunde befanden, die Wetterarten studiert und waren zu dem Ergebnis gekommen, daß man den Flug am Montagmorgen antreten wolle. In das Projekt war lediglich der Monsieur Röhl, Spindler, eingeweiht, der auch den Atlantikflug mitmachen will. Dem Start wohnte lediglich außer einigen amerikanischen Journalisten der Bruder des Herrn v. Hünefeld bei. Frau Röhl war dagegen nicht auf dem Flugfeld erschienen, sondern erhielt zusammen mit ihrer Mutter erst später die Nachricht von dem Start. Röhl hatte in den letzten Tagen heimlich Benzin in seinen Schuppen schaffen lassen, so daß er in Wahrheit mit vollem Tank abgeflogen ist und keine Zwischenlandung zu machen braucht. In den letzten Tagen hat er hinter den verschlossenen Türen des Flugzeugs einen Benzintank, der 425 Liter faßt, ausbauen lassen. Diese Maßnahme ist erfolgt, weil Röhl erklärte, er müsse eventuell im Nebel oder bei Regen mit Eisbildung auf der Maschine rechnen und wolle keineswegs durch eine Ueberlastung des Junkers-Flugzeuges eine Katastrophe heraufbeschwören. Der Motor der „Bremen“ ist derselbe, den Hauptmann a. D. Röhl schon im vorigen Jahre bei seinem ersten Versuch benutzte, ein Junkers L 5 von 270 PS, der in den letzten Wochen vollkommen überholt worden ist. Röhl kann mit seiner Maschine diesmal 1250 Kilogramm Benzin und Del für die lange Reise mitnehmen, so daß das Flugzeug einen Aktionsradius von etwa 6700 Kilometer hat. Nach den Entschlüssen der letzten Nacht will Röhl etwa 350 Kilometer südlich des sogenannten Großen Kreises fliegen, also südlich der Route, die Lindbergh auf dem Wege nach Paris eingeschlagen hatte. Dadurch verlängert sich zwar die Flugstrecke über dem offenen Meer, jedoch haben die Piloten den Vorteil, daß sie in wärmeren Luftströmungen fliegen als auf dem nördlichen Kurse. Die Nordroute weist gegenwärtig nach englischen Meldungen zahlreiche Eisberge auf, so daß man sich aus Gründen der Vorsicht zu dem Südkurs entschlossen hat. Röhl will auch diesmal wieder, wie er vorher erklärte, Cap Race ansteuern, hat also bis dahin rund 3000 Kilometer über dem Atlantik zu fliegen. Von Cap Race bis New York beträgt die Flugstrecke dann noch rund 2000 Kilometer. Rechnet man notwendige Umwege durch schlechtes Wetter hinzu, müßte nach menschlichem Ermessen das Flugzeug immer noch eine Brennstoffreserve für 600 bis 800 Kilometer besitzen, wenn nicht Nordstürme die Flieger abdrängen sollten.

Nach Auskunft der Wetterdienststellen soll sich in die letzten Stunden das Wetter über dem Atlantik wiederum verschlechtert haben. Röhl müßte mit einem Gegenwind von 30 Kilometer in der Stunde rechnen. Ueber dem Kanal herrscht ziemlich dichter Nebel. Der Versuch Röhl's und v. Hünefeld's wurde

merkwürdigerweise von den Junkers-Werken mit einer ungewöhnlichen Geheimnisträmerie behandelt. Auf Anfragen nach dem Verbleib der Maschine wurde sowohl von den Junkers-Werken selbst als auch von der Luftpolizei in Dessau jede Auskunft verweigert.

Die Vorbereitungen zum Atlantikflug.

Ueber die Vorbereitungen zu dem Atlantikflug, den Hauptmann Röhl gemeinsam mit Herrn v. Hünefeld unternehmen will, wird Folgendes bekannt.

Herr v. Hünefeld und Röhl haben die Vorbereitungen für das Unternehmen zwar möglichst geheim geführt, doch sind jetzt schon Nachrichten durchgesickert, aus denen hervorgeht, daß es sich keineswegs um ein reines Privatunternehmen der beiden Herren handelt, sondern daß in diesem Jahre auch wieder die Interessen großer Konzerne mit dem Flug verbunden sind. In der vorigen Woche schon waren v. Hünefeld und Röhl in London und baten dort bei den militärischen Stellen um die Erlaubnis, auf dem Militärflugplatz in Baldonel landen und tanken zu dürfen. Dabei bezeichneten sich beide Herren als Vertreter des Norddeutschen Lloyd. Die englischen Behörden sind den deutschen Fliegern dabei auf das weitest gehende entgegengekommen.

Der Begleiter Hauptmanns a. D. Röhl, Herr von Hünefeld, ist übrigens derselbe Herr, der es nicht unterlassen konnte, bei seinem ersten mißglückten Flugversuch im Sommer 1927 seinen Kaiser huldigend anzutelegraphieren.

Der Unfug des Schulstreits.

Beschlüsse der Bezirksschuldeputation bekräftigt.

Wie bereits angekündigt, hat sich das Provinzialschulkollegium am gestrigen Montag mit dem Schulkonflikt im Bezirk Prenzlauer Berg beschäftigt und trotz der Beschwörungen der evangelischen Elternschaft die Beschlüsse der Bezirksschuldeputation 1 bis 6 auf Errichtung von sechs weltliche Sammel-schulen bekräftigt.

Es handelt sich dabei um je zwei Schulen in den Bezirken Prenzlauer Berg, Friedrichshain und Kreuzberg, und zwar sollen diese weltlichen Schulen in den Gebäuden der 296. und 274. Volksschule in der Sonnenburger Straße, der 18. Volksschule in der Koppentstraße, der 125. Volksschule in der Andreasstraße und der 83. und 93. Volksschule in der Dieffenbachstraße untergebracht werden, so daß diejenigen Schüler und Schülerinnen, die weiterhin Religionsunterricht erhalten sollen, auf andere Volksschulen verteilt werden müssen. Das Provinzialschulkollegium erklärt die Anfrage einer Korrespondenz, daß es sich nicht um eine Umwandlung der evangelischen Schulen in weltliche Anstalten, sondern lediglich um eine Frage der Unterbringung der neuerrichteten Sammel-schulen handle. Die Verwendung der Schulen für die verschiedenen Schularten sei lediglich eine Angelegenheit der Stadt Berlin auf Grund des Schulunterhaltungsgesetzes. Früher sei es wiederholt vorgekommen, daß beispielsweise eine evangelische Volksschule in eine katholische umgewandelt wurden wäre, ohne daß die betroffene Elternschaft deshalb zu Protestmaßnahmen und Schulstreits gegriffen hätte. Zu der in einer der Elternversammlungen in der Sonnenburger Straße aufgestellten Behauptung, daß die Stimmen für die Einrichtung von weltlichen Schulen im Bezirk Prenzlauer Berg zum Teil gefälscht seien und von gar nicht

der Stimmberechtigten abgegeben wären, erklärt das Provinzialschulkollegium, daß die vorstellig gewordene Deputation keinen bestimmten Fall einer derartigen Fälschung unterdoret habe, so daß eine Nachprüfung gar nicht möglich sei. Eine solche sei auch übrigens gar nicht Sache der Schulaufsichtsbehörde, sondern der Bezirksschuldeputation.

Gegen wen werden sich die Angriffe der evangelischen Elternvereine jetzt richten? Als erster stand der sozialdemokratische Bezirksbürgermeister Dr. Stromoff im Mittelpunkt ihrer Angriffe, dann war es die Schuldeputation und jetzt stellt sich gar das Provinzialschulkollegium auf die Seite der Berliner Schulbehörden. Aber auch die andere Fakultät meldet sich: die Berliner Katholiken wollen sich am Sonntag, dem 1. April, in einer großen Massentundgebung im Zirkus Busch u. a. mit dem Berliner Schulkonflikt beschäftigen. Inzwischen ist die ursprüngliche erst für heute, Dienstag, proklamierte Fortsetzung des Schulstreiks in der Doppelschule in der Sonnenburger Str. bereits am gestrigen Montag früh, wie die Korrespondenz Sochaczewski mitzuteilen weiß, durchgeführt worden. Von 900 Schülern und Schülerinnen sind auf Veranlassung der evangelischen Elternschaft etwa 500 bereits gestern früh dem Unterricht ferngeblieben. Es wäre besser gewesen, wenn die Lehrer und Schüler dieses unsinnigen Streikes sich zeitig auf den Ausspruch ihres Herrn und Meisters besonnen hätten, der von jeder man Behorjam gegenüber der Obrigkeit verlangt.

Zwei Falschmünzer in einem Hause.

Ein sehr schlechtes Geschäft.

Zwei Falschmünzerwerkstätten, die die Inhaber unabhängig von einander in Vorder- und Hofräumen eines Hauses in der Weberstraße betrieben, wurden von Beamten der Reichsbankfalschgeldabteilung überraschend ausgehoben. Die Falschmünzer stellen aus anderem Metall Nachahmungen der bronzenen und Nickel-50-Pfennigstücke und der silbernen 1-, 2- und 5-Markstücke her. Festgenommen und dem Untersuchungsrichter vorgeführt wurden die Klempner und Schnellphotographen Gebrüder Otto und Emil Reinicke, Männer von 25 und 30 Jahren und der 35 Jahre alte Tischler Hermann König.

Die Vorgeschichte zur Entstehung dieser Werkstätten spielte sich im vergangenen Jahre im Freibad in Rahnsdorf ab. Dort betätigten sich die Gebrüder Reinicke ebenso wie der Tischler als Schnellphotographen. Das gleiche Geschäft brachte sie zusammen und bald vertrauten sie sich gegenseitig ihre Geheimnisse an. Die Reinicke erzählten, daß sie versucht hätten, falsche 50-Pfennigstücke herzustellen, während König sich an 5-Markstücke herangemagt hatte. Man beschloß, den Betrieb zu vereinen. Zuerst zog man in die Werkstatt des König in der Postfabrikstraße, deren Unterhaltung aber bald jeden Gewinn verschlang. Man übersiedelte nun in einen Keller in der Markusstraße. Bei Tage wurden Radiokästen hergestellt, nachts blühte die Falschmünzerei, bei der Männer und Frauen Hand anlegen mußten. Den Betrieb der „Nachtarbeit“ besorgten die Frauen hauptsächlich in Markthallen. Mit größeren Vorräten führen die Männer in die Provinz und brachten ihre Fälschungen dort an den Mann. Als Ende November eine Wohnung vor falschen 5-Markstücken in den Zeitungen erschien, trennte sich das Trio. König zog in seine Wohnung in der Weberstraße, während die Reinicke im selben Hause in eine Wohnstube übersiedelten.

Inzwischen waren aber Kriminalkommissar Thomas und die Beamten der Reichsbankfalschgeldabteilung bei ihren Nachforschungen nach Falschmünzern auf die Weberstraße aufmerksam geworden und fielen in aller Morgenfrühe in das Haus ein. Bei Otto Reinicke und ebenso bei König wurden im ganzen 52 Fünfmarsstücke, 120 Zweimarsstücke und 10 Fünzigpfennigstücke gefunden und beschlagnahmt. Das Gefundene stellt den Rest einer

Menschen, Göttern gleich...

Roman von Herbert George Wells.

Er sah auf seine Armbanduhr, es war noch nicht neun Uhr vormittags — es war ungefähr zehn Minuten vor neun. Er war von Ridley vor halb sechs Uhr geweckt worden. Um halb sieben hatte er im Hof das Frühstück aufgetragen. Serpentin und Ceder mußten ungefähr um acht Uhr erschienen sein, etwa zehn Minuten später war Serpentin ermordet worden. Dann die Flucht und die Verfolgung. Wie schnell hatte sich alles abgepielt!

Er hatte den ganzen Tag vor sich. Er wollte den Abstieg um halb zehn wieder aufnehmen. Bis dahin würde er rasten... Es war unsinnig, jetzt schon hungrig zu sein.

Vor halb zehn kletterte er wieder. Etwa hundert Fuß ging es leicht. Dann wurde der Einschnitt allmählich unmerklich breiter. Er wurde sich dessen erst bewußt, als er merkte, daß er rutschte. Er rutschte, sich wild sträubend, etwa zwanzig Fuß, fiel dann senkrecht geradeaus weitere zehn, stieß gegen einen Felsen und wurde von einem zweiten, breiteren Absatz, als es der obere war, aufgehalten. Er fiel mit einer peinlichen Erschütterung darauf und rollte — glücklicherweise rollte er nach der Innenseite zu. Er war zerkratzt, aber nicht ernstlich verletzt. „Mein Glück“, sagte er, „mein Glück bewahrt mich.“

Er ruhte sich ein wenig aus und dann, im Vertrauen, daß alles in Ordnung sei, setzte er sich hin, um den nächsten Abschnitt des Abstieges zu prüfen. Mit einer gewissen Ungläubigkeit entdeckte er, daß der Kamin unterhalb seines Vorsprungs absolut unpassierbar war. Der Felsen war auf jeder Seite mindestens zwanzig Yards ganz senkrecht und glatt und sechs Fuß breit. Er hätte sich ebenjot sofort hinunterstützen können, als es versuchten, dort hinunterzukommen. Dann sah er, daß es ebenso unmöglich war, zurückzuklettern. Er konnte es nicht glauben. Es schien ihm zu dumm. Er lachte, wie jemand lacht, wenn ihn die eigene Mutter nicht erkennen will, nachdem er einen Tag fort war.

Dann hörte er plötzlich auf zu lachen. Er wiederholte Punkt für Punkt seine Untersuchung. Er befühlte die glatten Felswände um sich herum. „Das ist ja blödsinnig!“ sagte er und brach in kalten Schweiß aus. Es gab aus diesem Winkel, in den er sich mühevoll und eifrig hineingearbeitet hatte, keinen Ausweg. Er konnte weder

norwärts noch rückwärts. Er war gefangen. Sein Glück hatte ihn verlassen.

7.

Auf Mr. Barnstaples Armbanduhr war es Mittag. Er saß in seinem Winkel wie ein unheilbarer Kranker, der in einer Schmerzpauze still in einem Armstuhl sitzt und nichts zu tun und nichts mehr zu hoffen hat. Es war so gut wie ausgeschlossen, daß sich etwas ereignen würde, um ihn aus der Falle, in die er geklettert war, zu befreien. An der Rückwand gab es wohl ein Wassergeriesel, aber keine Nahrung. Nicht einmal einen Grashalm, an dem er hätte knabbern können. Wenn er es nicht vorzog, sich in die Schlucht hinab-zustürzen, dann mußte der Hungers sterben... In der Nacht würde es vielleicht kalt sein, aber nicht so kalt, daß er sterben müßte.

Zu diesem Ende war er also aus dem würgenden Londoner Journalismus und der Häuslichkeit Sydnhams gelangt.

Eine verrückte Reise war das, die er und die „Selbe Gefahr“ gemacht hatten! — Camberwell, Victoria, Hounslow, Slough, Utopien, das Bergparadies, hundert bezaubernde und Qualen bereitende Ausblicke in eine Welt wahrer Glückseligkeit und Ordnung, jener lange, lange Flug um die halbe Welt... Und nun der Tod.

Der Gedanke, seine Leiden durch einen Sprung in die Tiefe abzukürzen, sagte ihm nicht zu. Er würde hier bleiben und die Leiden, die vor dem Ende entstünden, erdulden. Und dreißig Yards etwa entfernt waren seine Genossen, die anderen Erdlinge, und erwarteten gleichfalls ihr Schicksal. Es war erstaunlich! Er war profaisch.

Schließlich gelangte ja jeder Mensch zu etwas Ähnlichem. Früher oder später muß man daliegen und leiden, denken, sieberhaft und dann schwach denken, und so allmählich zum Ende aller Gedanken dahinschwenden.

Im großen Ganzen — dachte er — ist es vorzuziehen, auf diese Art zu sterben; besser als durch einen plötzlichen Tod; es lohnt sich, eine Zeitlang dem Tod ins Antlitz zu sehen. Müße zu haben, das Wort „finis“ sich einzupredigen, das Leben im allgemeinen und das Leben, das man geführt hat, zu überdenken, es zu überdenken mit einer Abgeklärtheit und einer Unabhängigkeit, die nur durch die völlige Unfähigkeit, ein Jota daran zu ändern, hervorgerufen werden kann.

Jetzt war sein Geist klar und ruhig. Eine Ruhe, frostig wie ein klarer Winterhimmel hatte sich seiner bemächtigt. Er mußte, daß ihm Leiden bevorstünden, aber er glaubte nicht,

daß sie unerträglich sein würden. Wenn sie sich als unerträglich erweisen sollten, gähnte unten der Canon. In dieser Hinsicht war diese Felsenplatte ein besseres Totenbett als die meisten, ein passenderes. Ein Krankenlager bietet lange, ausgedehnte Leiden, die der Kranke in allen Einzelheiten auskosten muß. Aber zu verhungern ist nicht so sehr schrecklich. Das hatte er gelesen. Hunger und Schmerzen sind ungefähr am dritten Tag am quälendsten, später aber wird man schwach und fühlt nicht mehr viel. Es ist nicht so arg wie die Qualen mancher Krebskrankungen oder die Agonie einer Gehirnentzündung. Es ist nicht ein Zehntel so schlimm. Einmal würde es sein, aber ist man weniger einsam auf dem Totenbett dabei? Sie kommen und sagen: „Nun, nun!“ und leisten kleine Hilfsdienste — aber gibt es sonst Unterliebe? Der Kranke geht seinen einsamen Weg, Gespräch, Bewegung und schließlich auch der Wunsch zu sprechen oder sich zu bewegen, weichen vor ihm, und die Stimmen der anderen verklingen... Ueberall ist der Tod eine sehr einsame Handlung, ein Scheiden...

Ein jüngerer Mann hätte die Einsamkeit in der Schlucht wahrscheinlich sehr schrecklich empfunden, aber Mr. Barnstaple hatte Lergeres durchlebt: die Enttäuschungen der Zweifamkeit. Er hätte gern eine letzte Aussprache mit seinen Söhnen gehabt und sein Weib beruhigt, aber sogar diese Wünsche waren vielleicht mehr sentimental als wirklich empfunden. Wenn es zu Aussprachen mit seinen Söhnen kam, war er gewöhnlich schüchtern. Als sie begannen, eigene Persönlichkeiten zu werden, und zu Jünglingen heranwachsen, hatte er immer mehr das Gefühl, daß vertrauliche Gespräche mit ihnen einen Einbruch in ihre Rechte bedeuteten, in ihre Rechte, nach eigenem Gutdünken aufzuwachen. Und auch sie waren schüchtern gegen ihn, das fühlte er, abwehrend schüchtern. Vielleicht kommen Söhne später zu dem Vater zurück — das war ein Später, das er nun niemals kennen lernen würde. Aber er wünschte, er hätte sie wissen lassen können, was ihm zugestoßen sei. Das quälte ihn. Es hätte ihn in ihren Augen in ein gutes Licht gesetzt. Vielleicht wäre es besser für ihre Charakterentwicklung, wenn sie nicht glaubten — was sie so eigentlich glauben mußten — daß er vor ihnen davongelaufen oder geistig unnachgiebig oder gar in schlechte Gesellschaft geraten sei und sich daongemacht habe. So wie die Dinge lagen, würden sie sich sicher unnötig sorgen und schämen, oder sich in Auslagen stürzen, um herauszufinden, wo er sei.

(Fortsetzung folgt.)

größeren Anzahl von Fassadenbauern, die beiseitegelegt waren und zum Verkauf von Photoapparaten dienen sollten.

Man hatte nämlich erkannt, daß die Fassadenbauer ihren Mann nicht näher. Es ging ihnen so kümmerlich, daß Emil Reinknecht auf einer Bank im Friedrichshain schliefen mußte

und nicht soviel besaß, um sich eine neue Hose zu kaufen. Der Mißerfolg ist ihm so verwunderlich, als die 5-Markstücke des König zu den besten Fälschungen gehören, die bisher aufgetaucht sind.

Zwischenfall im Hafentruerprozess.

Hat Dr. Göbbels gekehrt?

In der gestrigen Sitzung des Richterfeldes Landfriedensbruchprozesses ereignete sich ein Zwischenfall. Der Hauptangeklagte Schäfer „Rübezahl“ erlitt mitten in der Sitzung einen schweren epileptischen Krampfanfall, so daß diese auf eine längere Zeit unterbrochen werden mußte. Vorher hatte ein Zeuge, der keiner der beiden Parteien angehört und unparteiischer Zuschauer gewesen war, bekundet, daß der nationalsozialistische Führer Dr. Göbbels nach dem Feuergefecht auf dem Bahnsteig vor dem Bahnhof eine Maßnahme gehalten habe, in der er sagte, die „roten Hunde“ hätten ihm Blutopfer auferlegt, die Hafentruer sollten sich jetzt zum Zuge nach Berlin formieren und alles, was sich ihnen entgegenstelle, niedertrampeln. Die Zuhörer hätten die Hand zum Schwur erhoben. Der Zeuge Dr. Göbbels bestritt entschieden, zu irgendwelcher Gewalttätigkeit aufgefordert zu haben. Er habe im Gegenteil die Disziplin gemahnt und verlangt, in Ruhe und Ordnung nach dem Wittenbergplatz zu marschieren. Dort angekommen, habe er aufgefordert, auseinanderzugehen und keine Gewalttätigkeiten zu verüben. Er habe noch niemals einen Schwur abgenommen. Das von dem Zeugen beobachtete Handhaben sei wahrscheinlich in den Helikoptern erfolgt. Im übrigen brachten die Zeugenvernehmungen keine neuen Tatsachen. Die Beweishebung zieht sich außerordentlich in die Länge, so daß die Verhandlung noch mehrere Wochen dauern dürfte.

Preisfrisieren im Zoo.

Der Damenfriseur- und Perückenmachergehilfenverein Berlin 1884 veranstaltete am 25. und 26. März in den Räumen des Zoologischen Gartens ein internationales Preis- und Schaufrisieren um den großen Preis von Deutschland (1800 Mark) und die große goldene Medaille, außerdem die Einweihung auf den großen silbernen Pokal der Berliner Haarformermänner als internationaler Wanderpreis. Dieser Preis wird demjenigen zuerkannt, der aus allen drei Wettbewerben — die beste Ondulation, die beste Postichefrisur und die moderne Wasserwellenfrisur — als Sieger hervorgeht. Außer dem großen Preis gelangen für alle drei Wettbewerbe je fünf weitere Preise zur Verteilung. 23 Preisanwärter, darunter ein weiblicher, ringen um die Siegespalme, deren glücklichen Gewinner jetzt, da der Wettbewerb noch im vollen Gange ist, noch nicht bekannt ist. Die Kunst des Friseurens liegt heute darin, Technik und Fantasie so zu harmonisieren, daß bei Erfüllung aller sochmännischen Ansprüche das Moment der Lieblichkeit, natürlichen und vor allem individuellen Haarform reiflos erreicht wird. Die richtige Ondulation muß ebenso korrekt wie kleidbar sein, die Postiche (Perücken) Frisur darf sich durch nichts von der Originalfrisur unterscheiden und die künstlerische Fantasie des guten Friseurs muß sich in allerlei aparten und dabei geschmackvollen Raffinessen darthun. Man sah sehr hübsche, köstliche Tagesfrisuren, tadellos gearbeitete Perücken für den Abend und kunstvolle Kopfdressierungen für besondere Gelegenheiten, hauptsächlich für Bühne und Ball. Sehr kleidbar und apart wirkt namentlich bei jugendlichen Gesichtern der grauweiße Ton. Außer dem Preiswettbewerb findet eine groß angelegte Showmelle statt, die sämtliche Arten der Haarformern, Frisuren und Perückenbedarfe zeigt. Die Veranstaltung erfreut sich eines außerordentlich zahlreichen Besuches.

Wie moderne Knacker arbeiten.

Zum Anschlag auf den Banktresor.

Der Anschlag auf den Banktresor in der Budapest Straße hat nach den Feststellungen der Kriminalpolizei in der Berliner Kriminalstatistik noch kein Vorbild gehabt, dem er entspräche. Noch keiner ist bisher so sorgfältig ausgeklüffelt, durchdacht und vorbereitet worden wie dieser. Auch der am Sonntagplatz nicht. Er zeigt erst so recht, wie moderne Knacker arbeiten und wie sie vorgehen, um an einen Banktresor heranzukommen. Er lehrt aber auch, daß die großen und bisher für unüberwindlich gehaltenen Sicherheiten doch noch nicht genügen, wenn die Verbrecher Zeit genug haben.

In diesem Falle haben sie sich erst die gründlichste Ortskenntnis verschafft und nach dem baulichen Grundriß des großen Gebäudes die Stelle herausgefunden — und gefunden, die ihnen den besten Angriffspunkt lieferte. In dem Privatkeller müssen sie mindestens mehrere Tage gearbeitet haben. Die Lage und die Anordnung des gesicherten Raumes in dem Kellergewölbe haben die Eindringler sicher als solche Kunden der Bank ausgeklüffelt. Der eigentliche Tresorraum ist ringsherum von einer stahlgepanzten Mauer umgeben. Der Zwischenraum zwischen dieser und den Grundmauern des Kellers bildet einen Gang, der mit Vorrichtungen für elektrische Beleuchtung versehen ist. Die Mauer schließt wieder zwei Räume ein, die durch eine Panzermauer getrennt sind, die sogenannte Silberkammer und den eigentlichen Tresorraum. Die Panzertür zum Tresor haben die Verbrecher nicht angegriffen. Sie gingen vielmehr von der Hinterseite vor und gelangten tatsächlich mit ihren modernen Werkzeugen in die Silberkammer hinein. Bei dem Angriff auf die Panzermauer des Tresors aber entwickelte sich eine solche Hitze, daß einige Sachen in Brand gerieten. So wurden die Verbrecher durch die Rauchentwicklung verraten.

Die Erfahrungen des Anschlages haben die Dresdner Bank bereits zu Ermüdungen veranlaßt, wie die Zugänge von außen her noch besser als bisher gesichert werden können. Was die Verbrecher selbst betrifft, so hat die Kriminalpolizei bisher trotz aller Vernehmungen noch nicht feststellen können, daß sie wirklich gesehen worden seien. Die Dresdner Bank wird auf ihre Ergriffung voraussichtlich eine höhere Belohnung aussetzen. Mitteilungen an Kriminalkommissar Bänder, Dienststelle B 6 im Polizeipräsidentium.

Fassadenkletterei und Dächerjagd.

Ein aufregender Vorfall spielte sich gestern nachmittags in der Bayreuther Straße 8, in unmittelbarer Nähe des Wittenbergplatzes, ab. Kurz nach 16 Uhr kletterte ein junger Mann an der Fassade des Vorderhauses empor. Nach etwa zehn Minuten hatte er das vierte Stockwerk erreicht, wo er seine halbdreierliche Klettertour zunächst beendete und sich über die Brüstung eines Balkons schwang. Hier zertrümmerte er das Fenster, drang in die Wohnung, in der niemand anwesend war, ein und eignete sich einen Herrenmantel und ein Paar Handschuhe an. Auf der Straße hatte sich eine große Zuschauermenge angesammelt, die der vorweggehenden Klettertour zusah. Inzwischen war, da man es mit einem Geisteskranken zu tun haben glaubte, die Feuerwehr alarmiert worden, die unten ein Sprungtuch ausbreitete, da befürchtet wurde, daß der Kletterkünstler den Hals verlieren würde. Kurze Zeit darauf trat auch das Ueberfallkommando ein; gerade als die Beamten die

Baut keine Glendsquartiere!

Wohin die Erschwerung der Baufinanzierung führen kann.

In einer Zusammenkunft von Vertretern gemeinnütziger Bauvereinigungen und Bauvereinigungen wurden Fragen der Bauqualität und ihrer Förderung erörtert. Aus dem Hauptvortrag des Stadtrats Wuhly über das Berliner Baujahr 1928 und seine Finanzierung seien seine Ausführungen von grundsätzlicher Bedeutung hervorgehoben.

Wuhly wies zunächst auf die Schwierigkeiten der Finanzierung hin, die sich für Berlin aus der oft beklagten standstilligen Benachteiligung bei der Berechtigung des Hauszinssteueraufkommens ergeben. Infolge dieser Ungerechtigkeit ist es für Berlin unmöglich, im Wohnungsbau das zu leisten, was nach Maßgabe des sehr starken Wohnungsbedarfs gefordert werden mußte. Die Bemühungen der Wohnungsfürsorgegesellschaft müssen unter diesen Umständen darauf gerichtet sein,

mit den beschränkten Mitteln das Mögliche zu erreichen.

Die mit dem Hauszinssteueranteil zustandegebrachte Leistung von 1927, rund 27 000 Wohnungen, wurde nur möglich durch die schweren Opfer, die den Mietern der Neubaugewohnungen auferlegt werden mußten. In 1928 will man zu dem Verfahren zurückkehren, die Mietern neuer Wohnungen möglichst weitgehend zu verbilligen, wobei aber auch die Notwendigkeit, eine möglichst große Zahl Wohnungen zu schaffen, nicht außer acht gelassen werden soll. Mietenerbilligung läßt sich erreichen, wenn die Hauszinssteuerhypotheken höher bemessen werden und Zusagehypotheken aus besonderen städtischen Mitteln eine weitere Erleichterung bringen. Aber der andere Wunsch, die verfügbaren Hypothekennetze unter recht viele verteilen zu können, damit recht viele Neubaugewohnungen finanziert werden, steht der Hypothekennetzbeschränkung ihre Grenzen.

Gegen den Gedanken, den Gesamtwohnraum der Neubaugewohnung weitgehend einzuschränken, sprach sich Stadtrat Wuhly sehr entschieden aus. Die Wohnungsbauten müssen, forderte er, so ausgeführt werden, daß sie auch nach Wiederkehr normaler Verhältnisse noch den Anforderungen genügen, die dann als das Mindeste gelten werden. Ein verhängnisvoller Fehler wäre es, jetzt Altersschwächtestes zu schaffen und zu denken: „Nach uns die Sintflut!“ Unter lebhafter Zustimmung der Konferenzteilnehmer erklärte der Redner, daß es Aufgabe der Wohnungsfürsorgegesellschaft sei,

den Bau von Glendsquartieren zu verhüten.

Die in dem Wohnungsbauprogramm für 1928 festgesetzten Mindestraumgrenzen für Kleinwohnungen sollen dieser Gefahr begegnen. Auch für die innere Gestaltung der Wohnungen betonte Stadtrat Wuhly die Notwendigkeit von Mindestforderungen. Beispielsweise gehöre ein Badraum, sagte er, zu dem mindesten, was man jetzt von einer großstädtischen Neubaugewohnung fordern müsse.

In den Ausführungen über die Finanzierung für 1928, deren Hauptpunkte bereits aus der Magistratsvorlage über die 30-Millionen-Anleihe zur Wohnungsbaufinanzierung im „Vorwärts“ mitgeteilt wurde, ging Wuhly auch auf die Frage der Baukostenzuschüsse ein. Daß Bauherren sie den Mietern auferlegen, ist immer mehr üblich geworden. Die Beträge sollen aber künftig durch die Wohnungsfürsorgegesellschaft festgesetzt und zunächst bei der Stadtbank auf ein gesperrtes Konto eingezahlt werden, damit Ueberverteilung der Mieter verhindert wird. Zum Schluß betonte Stadtrat Wuhly die Wichtigkeit der Freigabe von Auslandsanleihen für den Wohnungsbau, ohne die eine Finanzierung der Wohnungsbauten in der erforderlichen Zahl ganz unmöglich ist.

Notausgleich des Berliner Etats.

Nachdem die bürgerlichen Parteien des Landtags einen besseren Finanzgleich zugunsten Berlins für dieses Jahr endgültig abgelehnt haben, stand gestern der Haushaltsausgleich der Stadtverordnetenversammlung vor der Zwangslage, das noch bestehende Defizit von 19 Millionen auf anderem Wege zu beseitigen. Es war von vornherein klar, daß eine solche Summe nicht mehr durch Ersparnisse im Kleinen herbeigebracht werden konnte, um so mehr, da die Ausgaben ohnehin bereits bis auf das Maß des Allernotwendigsten eingeschränkt worden sind.

Die Sozialdemokratie machte daher bereits in der vorigen Woche den Vorschlag, diejenigen Positionen zu verringern, bei denen die Ausgaben nicht sofort in voller Höhe geleistet zu werden brauchen. Der Magistrat hat sich diesem Vorschlag angeschlossen, und die Mehrheit des Ausschusses ist dem gestern gefolgt. Danach werden von den Schulbauten 3 Millionen, von den Straßenbauten 6 Millionen abgesetzt. Von den Wohnungsbauarbeiten werden 2 Millionen für Zusagehypotheken, die in der nächsten Zukunft noch nicht gebraucht werden, vorläufig herausgelassen. Der Magistrat machte weiter den Vorschlag, den Kurkostensch in der Krankenanstalt von 60 auf 70 Proz. zu erhöhen, wodurch weitere 2 Millionen herbeikommen würden. Der Vertreter der Sozialdemokratie erklärte, daß eine solche Maßnahme, die zwangsläufig zu einer Erhöhung der Krankenkassenbeiträge führen würde, für seine Partei unter allen Umständen unannehmbar sei. Der Vorschlag wurde daraufhin fallen gelassen. Der Rest des Defizits wurde gedeckt durch eine Verringerung des Beitrags für die Polizeikosten um 1,3 Millionen, eine vermehrte Abgabe der Wasserwerke um 1/2 Million, eine Erhöhung des Ansofes für die Gewerbesteuer um 1 Million und eine Erhöhung der Einnahmen aus der Landesschulkaße um 3/4 Millionen.

Formell ist damit der Ausgleich des Haushalts erreicht. Die Sozialdemokratie wird ihm unter der geschaffenen Zwangslage

auf dieser Grundlage zustimmen. Sie gibt sich aber nicht der Täuschung hin, daß damit das letzte Wort über die notwendigen Ausgaben dieses Jahres gesprochen ist. Die Streichungen auf dem Gebiete des Straßenbaus wie der Schulbauten werden selbstverständlich zu Nachforderungen im Laufe des Jahres führen, für die dann von Fall zu Fall die Deckung gesucht werden muß. Es ist zu hoffen, daß diese Deckung aus dem laufenden Einnahmen gefunden werden kann.

Zweiterlei darf sich die Sozialdemokratie jedenfalls gerade angesichts der überaus ungünstigen Sachlage als ihr Verdienst anrechnen: daß es ihr gelungen ist, eine Erhöhung der Steuern und Tarife zu vermeiden und daß sie eine Herabsetzung der Ausgaben für die Wohlfahrtspflege verhindert hat. Die Behren aus diesem Kampf um den Notausgleich des Berliner Etats legen klar zutage. Eine weitere Steigerung der Ausgaben und Ausgaben Berlins ist nicht mehr möglich ohne erhöhte Zuweisungen aus dem Finanzgleich und der Kraftfahrzeugsteuer. Die Ausgaben und Ausgaben steigen aber von Jahr zu Jahr, sie werden, wie bereits gesagt, schon im laufenden Jahre sich noch erhöhen. Eine Abdrockung notwendiger Ausgaben für die sozialen Arbeitsgebiete der Stadt kann und wird die Sozialdemokratie niemals verantworten. Sie gibt dem Etat dieses Jahres ihre Zustimmung, weil eine solche Abdrockung nicht erfolgt ist. Sie wird weiteren Anforderungen, deren Notwendigkeit sich im Laufe des Jahres noch ergeben sollte, gleichfalls zustimmen und selbstverständlich für die Deckung solcher Ausgaben sich verantwortlich fühlen — im Gegensatz zu der verantwortungslosen Agitationspolitik der Kommunisten. Jedemfalls ist im Rahmen des Möglichen im Etat dieses Jahres alles erreicht, was die schaffende Bevölkerung Berlins von dem Haushalt der Stadt verlangen kann. Verständlich daher, daß ihn die Deutschnationalen ablehnen — unverständlich, daß die Kommunisten ihm in Arm mit ihnen ihm gleichfalls wieder die Zustimmung verweigern.

Treppe hinaufsteigen, erschien der Fassadenkletterer wieder auf dem Balkon und kletterte auf das Dach weiter. Die Polizisten eilten ebenfalls nach oben und nun entspann sich eine wilde Jagd über die Dächer. Der Flüchtling verschwand plötzlich in der Dachkante des Hauses Ansbacher Straße 51/52, wo er sich auf dem Trockenboden versteckte. Die Beamten stöberten ihn aber bald auf und nahmen ihn fest. Bisher war es noch nicht möglich, die Personalien des Festgenommenen, der keine Papiere bei sich führte und sich hartnäckig weigert, seinen Namen anzugeben, festzustellen. Vielleicht handelt es sich um eine unsinnige Wette, die jedoch für den wogehässigen Kletterkünstler wenig angenehme Folgen haben dürfte.

Gemeinsam in den Tod.

Der Grund: Arbeitslosigkeit.

In seiner im Hause Große Frankfurter Straße 133 gelegenen Wohnung wurde gestern abend um 20 Uhr der 32-jährige Angestellte Friedrich Kaufmann und dessen 30-jährige Geliebte Martha Bertram in dem mit Gas angefüllten Schlafrum bewußlos aufgefunden. Die Wiederbelebungsversuche der Feuerwehr blieben ohne Erfolg. Wie aus einem hinterlassenen Briefe hervorging, war das Paar im gegenseitigen Einverständnis wegen wirtschaftlicher Notlage in den Tod gegangen.

Anderes als die anderen.

An den Herrn Vorleser der neuesten Nachrichten im Rundfunk möchten wir eine kleine Bitte richten: Jedemal, wenn von der britischen Labour Party die Rede ist, spricht er von der „Arbeitspartei“ und nicht von der „Arbeiterpartei“. Wahrscheinlich bildet er sich noch etwas darauf ein. Nun, zugegeben: Labour Party heißt wörtlich „Partei der Arbeit“. Er zieht das nun zusammen und macht daraus „Arbeitspartei“, was schon nicht ganz dasselbe ist. In Wirklichkeit heißt Labour Party dem Sinne nach „Partei der Arbeiter“, und deshalb ist die in der deutschen Presse seit Jahrzehnten übliche Bezeichnung „Arbeiterpartei“ nicht nur durchaus korrekt, sondern außerdem so eingebürgert, daß der Versuch des Herrn im Radio, diesen Namen umzuändern, ausfallslos ist. Warum also anders als die anderen?

Genosse Adolph Hoffmann bittet uns um die Aufnahme der folgenden Zeilen:

„Die so übergroße Anzahl von Gratulationen und Zeichen der Aufmerksamkeit von Organisationen, Behörden und Genußgesellschaften nicht nur aus allen Gauen Deutschlands, sondern auch des Auslandes aus Anlaß meines 70. Geburtstages, machen es mir unmöglich, einzeln meinen Dank abzustatten. Indem ich es durch diese Zeilen tue, verspreche ich, weiter in Treue meiner Ueberzeugung zu leben und meine Pflicht zu erfüllen. Auch meinen Gegnern, soweit sie als ehrliche Menschen sich an diesen Gratulationen beteiligten, verspreche ich, bei den kommenden Wahlen in meiner Gegnerschaft die Treue zu halten.“

Eindringler im Sterbezimmer. Selbstlose Eindringler trieben am Sonntag abend in der Urbanstraße ihr Unwesen. Im 4. Stock des Hauses Nr. 88 stand am Herdstock eine ältere Frau. In Abwesenheit der Angehörigen schloffen Klingelgehör die Wohnung auf, durchwühlten alles und stahlen 120 Mark bares Geld. Sie schauten sich sogar nicht, die Tote die noch im Sterbebett lag, auf Schmutzfachen zu untersuchen. Bald darauf drangen die Verbrecher in die Wohnung eines Gehilfenmaumes in der Urbanstraße 132 ein und stahlen mehrere Münzen.

Ueber Erberation und Volkserziehung veranlaßt der Bund Gleichener Schicksalserben einen Vortragsabend, auf dem sprechen werden Stadtkommissar Dr. R. A. Schumann über: Sinn und Wesen der Erberation und Dr. Heinrich Dehmel über: Mutterrechtsreform, Erberation und Volkserziehung in ihrer Bedeutung für Erberation und Volkserziehung. Daran schließen sich kurze Ansprachen von Dr. jur. et med. von Behr-Binnow, Dr. med. Max Hirsch, Dr. med. Alfred Storch, Dr. med. Max Barckel u. a. m. Vortragsort: Werner-Eisenberg-Realschulsaal, Odenhausstraße 47-48. Dienstag, den 27. März um 19.30 Uhr.

Bestenbericht der öffentlichen Wetterdienststelle Berlin und Umgebung (Nachdr. verb.). Zwei wolkig und etwas kühl, mit nur unbedeutenden Niederschlägen. — Für Deutschland: Weist Karl wolkig, im Süden regnerisch, in West- und Mitteldeutschland nur vereinzelt unbedeutende Niederschläge; allgemein leichte Abkühlung.

Das ideale
Laxin Abführ-Konfekt

Reudell demastiert sich.

Genosse Sollmann weist ihm seine deutschnationale Beamtenpolitik nach.

Der Reichstag überwies gestern zunächst einen gemeinsamen Antrag der Sozialdemokraten, Demokraten, der Bayerischen Volkspartei und der Wirtschaftlichen Vereinigung, die Fristen für die Zahlungen der Zigarettenbanderolesteuer zu verkürzen, dem Steueraussschuß.

Ohne Aussprache wurden angenommen die Verlängerung des Gesetzes über den Verkehr mit unedlen Metallen, die Frachtpreverbilligung für Siedlerbautenmaterial, die Vorschussvergütung über den Besitz bei den Kollegialgerichten.

Die zweite Beratung des Haushalts des Reichsinnenministeriums wird fortgesetzt.

Abg. Dr. Moses (Soz.)

beklagt den Geburtenrückgang und erklärt, daß bessere Böhne und bessere Ernährungs- und Wohnungsverhältnisse der beste Weg zur Erhaltung der deutschen Volkskraft seien.

In der Durchführung des Gesetzes zur Bekämpfung der Geschlechtskrankheiten herrscht ein fürchterliches Durcheinander. Daran ändert auch die Verteilung des medizinischen Ehrendoktorats an den für die Durchführung des Gesetzes verantwortlichen Herrn Dammann nichts. Ueberhaupt hat sich diese Verteilung von Doktorhüten Rudendorff in Königsberg „wegen seiner Verdienste um die medizinische Wissenschaft während des Krieges“ über Verkehrsminister Koch und Herrn Dammann bis zu Amanullah Khan „wegen Förderung der deutschen Technik in Afghanistan zu einer lächerlichen Farce, zu einem Unfug ausgewachsen. Der Redner wiederholt unter lebhaften Hört-Hört-Rufen der Sozialdemokraten seine Verurteilungen im „Vorwärts“ über sträfliche Versuche von Ärzten an sterbenden Kindern usw. Er verlangt ein Eingreifen des Präsidenten des Reichsgesundheitsamtes, zumal diese Versuche der Wissenschaft gar keinen Nutzen gebracht hätten.

Abg. Schred (Soz.) fordert Fahrpreisermäßigung bei Jugendwanderungen und Förderung der Berufstudien.

Abg. Meyer-Franken (Komm.) führt Beschwerde über die Unterdrückung der Vereins- und Versammlungsfreiheit in Bayern.

Reichsinnenminister v. Reudell

Antwortet auf den Anträgen verschiedener Redner und kündigt eine wissenschaftliche Untersuchung des Problems des Geburtenrückgangs an. Als er davon spricht, daß auch in diesen Fragen die Kräfte des Glaubens und der Weltanschauung geweckt werden müßten, kommen von den Kommunisten Entrüstungsrufe: „Heuchelei!“ Abg. Schneller (Komm.) erhält einen Ordnungsruf.

Abg. Crispian hat eine Reihe von Einzelfällen auf dem Gebiete des Rundfunkwesens zur Sprache gebracht. Schon im Ausschuß habe ich mir auszuführen erlaubt, daß die Vorwürfe über mangelnde Berücksichtigung der Belange der Arbeiterschaft im Programm des Rundfunks unbegründet sind; wer das Programm zu verfolgen Gelegenheit hat, wird mir das auch durchaus zugeben. (Unruhe links und Mitte: Unglaublich! Abg. Crispian (Soz.): Ich habe heute wieder neue Fälle bekommen! Wenn uns neue Fälle eingereicht werden, werden wir sie im einzelnen prüfen. (Zuruf links: Sie wandern ja doch nur in den Papierkorb.) Ebenso wenig kann ich eine Berechtigung für die Forderung anerkennen, daß die Regierung auf das Programm der Worgenteiler im Rundfunk irgendeine Einflußnahme ausüben soll. Denn das würde mit den Richtlinien nicht im Einklang stehen. Widerspruch links. Abg. Crispian (Soz.): Bequeme Ausrede! Herr Söllmann hat nochmals

die Angelegenheit Badt

zur Sprache gebracht. Ich habe mit Rücksicht auf die Debatte im Reichsrat einen Brief geschrieben; in dem steht einiges drin, einiges nicht. (Heiterkeit rechts.) Aus ihm ergibt sich aber eine klare und positive Stellungnahme, die, wie ich annehme, von den Ratschläglichen durchaus verstanden worden ist. Im übrigen pflege ich Ratschläge, wie es unter gelehrten Menschen üblich ist, in aufrichtiger Erwiderung der Empfindungen auf der anderen Seite, mit derjenigen stimmigen Hochachtung entgegenzunehmen, welche der Bedeutung solcher Ratschläge zukommt. (Heiterkeit rechts, große Unruhe links.) Herr Söllmann hat einige positive präzise Anfragen an mich gerichtet, welche ich auf den eventuellen Inhalt meiner Unterredung mit Herrn Brecht beziehen. Ich nehme an, der Ver-

mutung des Herrn Söllmann selbst zu entsprechen, wenn ich nicht glaube, daß er erwartet, daß ich diese Fragen beantworten werde. (Heiterkeit rechts.) Ich muß aus grundsätzlichen Erwägungen eine Beantwortung ablehnen. Es ist mir nicht erinnerlich, daß der Abg. Söllmann seinerzeit in der Öffentlichkeit Gründe dafür angegeben hat, weshalb der Reichsinnenminister Söllmann den Staatsminister v. Beller, Reichsinnenminister Köster den Staatssekretär Bewald zur Disposition gestellt hat. Die Tatsache, daß in meinem Ministerium eine sogenannte politische Abteilung abgezwängt worden ist und demgegenüber gewiß der Charakter der Abteilung I als besonders friedlich angesehen werden kann, ändert nichts daran,

daß nach den Vorschriften des Beamtengesetzes der politische Charakter der Staatssekretäre und der Ministerialdirektoren absolut derselbe ist. (Zuruf links: Dann geben Sie es doch wenigstens zu!) Ich habe das nie geleugnet.

Ich möchte aber diese Betrachtung doch nicht schließen, ohne mich bereit zu erklären, Herrn Söllmann noch mit Material behilflich zu sein bei seinen Untersuchungen in der Richtung, wie die Verabschiedungen zu seiner Zeit und wie sie während meiner Amtszeit erfolgt sind. Er wird sich bei dieser Untersuchung auch mit der Frage beschäftigen müssen, was man eigentlich unter dem Begriff eines Präzedenzfalles versteht. (Heiterkeit rechts; Lärm links.)

Abg. Schulz-Königsberg (Soz.)

behauptet, daß man die für Ostpreußen zur Verfügung gestellten Mittel falsch verwende. Die öffentlichen Einrichtungen, wie Verkehr, Schulwesen usw. befänden sich in katastrophalem Zustand. Der Redner befürwortet den Antrag seiner Fraktion, für die gefährdeten Ost- und Westgebiete weitere Mittel zur Verfügung zu stellen.

Abg. Frölich (Soz.)

kritisiert das schlechte Verhältnis zwischen der Reichsregierung und der preussischen Staatsregierung und betont, daß der Reichsinnenminister an diesem Verhältnis zum großen Teil schuld sei. Der Redner beantragt die Aufhebung des Reichskommissariats für öffentliche Ordnung, das in Thüringen mit sehr bedenklichem Material gearbeitet habe. Dem früheren thüringischen Minister Herrmann sei schweres Unrecht angetan worden.

Ministerialdirektor Dammann weist die sozialdemokratischen Vorwürfe auf medizinischem Gebiet zurück. Die Angriffe gegen die Behandlung der Rachitis im Augusta-Viktoria-Haus seien von dem Leiter der Anstalt entkräftet worden. Die Staatsanwaltschaft sei in eine Untersuchung der Angelegenheit eingetreten und man warte auf das Ergebnis dieser Untersuchung ab. Auch die Vorwürfe gegen das Reichsgesundheitsamt seien unbegründet. Er gebe zu, daß die Ausdrucksweise in der medizinischen Fachpresse oft nicht sehr glücklich sei und bei Laien den Eindruck der Lieblosigkeit erwecken könnte. Hier wäre eine Veränderung am Platze.

Abg. Janschet (Soz.)

beantragt Streichung der Mittel für die Technische Nothilfe, die der Redner eine Provokation gegen die Arbeiterschaft nennt.

Präsident Ebbe teilt mit, daß sieben ein kommunistischer Mittrauensantrag gegen den Reichsinnenminister eingegangen ist.

Der Präsident des Reichsgesundheitsamtes, Geheimrat v. Hamel, gibt einen Überblick über die Gesundheitslage im Deutschen Reich. Die Lage sei im großen und ganzen befriedigend. Bei der Tuberkulose habe das industriereichste Land Sachsen die kleinste Sterblichkeitsziffer.

Nach dem Inkrafttreten des Gesetzes zur Bekämpfung der Geschlechtskrankheiten seien diese in Hamburg ganz erheblich zurückgegangen.

Die Rachitis greife immer mehr um sich. Gegenüber den Angriffen des sozialdemokratischen Abg. Dr. Moses sei festzustellen, daß Experimente an sterbenden Kindern unzulässig seien und auch nicht vorgenommen wurden. Das Reichsgesundheitsamt sei nach Kräfte bemüht, seine Aufgabe zum Wohle des deutschen Volkes unbeeinträchtigt zu erfüllen.

Abg. Söllmann (Soz.):

Der Reichsminister des Innern hat am Freitag eine Ostpreußenkette im Reichsministerium des Innern angefündigt. Meine Fraktion spricht sich gegen diese Stelle aus. Hier ist ein neuer überfüllter und schädlicher Dualismus zwischen Reich und Preußen im Entstehen. Preußen hat für die preussische Provinz Ostpreußen schon eine eigene gutarbeitende Stelle. Ostpreußen verlangt finanzielle Unterstützung und keine neuen Beamtenstellen. Dann muß ich auf die Erklärung des Herrn Ministers bezüglich des sogenannten Beamtenstuhles zurückkommen. Er hat bestritten, daß Beamtenernennungen unter dem Gesichtspunkt politischer Zusammenhänge bevorzugen und jeden Beamtenstuh in das Reich der Fabel gewiesen. Ich frage nun:

1) Ist es richtig, Herr Minister, daß Sie, bevor Sie diese Erklärung im Reichstag abgegeben haben, die Beförderung der beiden Regierungsräte Wallraf und Niessen zu Oberregierungsräten angeordnet haben?

2) Ist es richtig, daß durch die Ernennung dieser beiden Regierungsräte fünf oder sechs andere mindestens gleichqualifizierte Herren übergangen worden sind?

3) Ist es richtig, daß aus den Reihen Ihrer Beamten-schaft bei Ihnen gegen diese Ernennung protestiert worden ist?

Nach unserer Auffassung stehen die Tatsachen mit Ihrer Erklärung vom Freitag in klarem Widerspruch. Die Art, in der der Herr Minister sich heute erneut über die grundlose schwere Beleidigung eines Beamten hinweggesetzt hat, macht es mir unmöglich, noch ein Wort zu dem Falle Badt zu sagen. Hier gibt es keine Brücken des Verständnisses. Ich beneide den Minister nicht um die Rolle, in die er sich gedrückt.

Im Falle Brecht hat der Minister endlich zugegeben, daß er diesen Ministerialdirektor wegen der republikanischen Gesinnung entlassen hat.

Der Minister hat also zunächst die Richtlinien zum Schutze der Reichsverfassung unterschrieben und dann den republikanischen Leiter der Verfassungsabteilung entlassen. Es waren also lediglich politische Gründe, die die deutschnationale Presse monatelang und der Minister selbst noch vor einigen Tagen hier im Hause geäußert haben. Wir haben nie bestritten, daß die Staatssekretäre Beller und Bewald aus politischen Gründen zur Disposition gestellt worden sind. Das war Form der Ehrlichkeit. Mangel an dieser Form der Erziehung kann durch keinerlei Keuschlichkeit verdeckt werden.

Reichsinnenminister Dr. v. Reudell:

Der Abg. Söllmann scheint in einem Punkte einem Mißverständnis unterlegen zu sein, indem er nämlich zu der Auffassung gelangt ist, als ob ich vorhin in Widerspruch zu meinen Ausführungen vom Freitag etwa zugegeben hätte, daß Ministerialdirektor Brecht wegen seiner republikanischen Gesinnung entfernt worden ist. Ich habe nicht ein Wort davon gesagt und stelle anheim, das Stenogramm nachzulesen. Vor allem, was der Reichsminister des Innern auf beamtenpolitischem Gebiete zu veranlassen oder zu unterlassen hat, können Sie ganz verifiziert sein, daß der Umstand, ob der Reichstag versammelt ist oder nicht, nicht entscheidend ist. Es muß einmal vor dem Reichstag ausgesprochen werden, daß es zu den Aufgaben des Verfassungsinners gehört, die Grenze zwischen den Befugnissen der Exekutive und der Legislative innezuhalten. Damit hat es nichts zu tun, daß ich Ihnen für das, was ich tue oder unterlasse, staatsrechtlich verantwortlich bin, und ich überlasse Ihnen gern, die staatsrechtlichen Konsequenzen daraus zu ziehen.

Abg. Söllmann (Soz.):

Ich stelle fest, daß der Herr Reichsminister des Innern meine Behauptungen von der bevorstehenden Beförderung zweier Regierungsräte, die den Regierungsparteien nahe stehen, durch sein Schweigen als richtig anerkannt hat. Die Tatsache, daß die Entlassung des Ministerialdirektors Brecht wegen dessen republikanischer Gesinnung erfolgt ist, wird auch durch die neuerliche Erklärung des Herrn Ministers nicht erschüttert. Wenn ein anderer

Moslem ~~3s~~ 4s!

Warum?

Weil das Tabaksteuergesetz eine Gewichtsbeschränkung der 3 Pfg. Zigaretten vorsieht, und wir dem Raucher das von ihm bevorzugte starke Format bieten wollen.
Weil nur echte orientalische Tabake verarbeitet werden.

1s

Preiserhöhung = 50% Gegenleistungs-Erhöhung



Grund vorläge, so fordere ich den Minister auf, ihn vor dem Senate zu sagen.

Abg. Torgler (Komm.) verlangt die Befestigung des Reichskommissariats für öffentliche Ordnung.

Damit schließt die Aussprache. Die Abstimmungen werden zunächst zurückgestellt, ebenso die Abstimmungen zu den vom Ausschuss bisher erledigten Teilen des Nachtragsetats.

Es folgt die zweite Beratung des Ergänzungsetats; die Ausführungen des Genossen Dr. David dazu geben wir im Hauptblatt wieder.

Abg. Seiffert (Volksrechtspartei) bedauert, daß den Kleinrentnern nicht im Rotprogramm gesetzliche Ansprüche gewährt, sondern daß ihnen nur durch eine Rotverordnung kleine Erleichterungen gewährt werden sollen.

Abg. Frau Mende (D. Vp.) bedauert, daß das Kleinrentner-versorgungs-gesetz von diesem Reichstag nicht verabschiedet werden konnte.

Abg. Frau Dr. Lüders (Dem.) erklärt, das Rotprogramm oder die Rotverordnung bringe nichts von alledem, was den Kleinrentnern von der Regierung versprochen wurde.

Nach einer weiteren ausgedehnten Aussprache wird der Ergänzungsetat angenommen, ebenso eine Entschließung des Volkswirtschaftlichen Ausschusses, die Mittel zur Umschuldung

für die Koggenpflanzbriefschaffner verlangt. Hierauf werden die vorher zurückgestellten Abstimmungen zum Haushalt des Innenministeriums vorgenommen.

Der gegen v. Reubell gerichtete Mißtrauensantrag der Kommunisten wird gegen die Antragsteller, die Sozialdemokraten und die Mehrheit der Demokraten abgelehnt.

Die Ausschlußentscheidung, die eine Reichsstadtordnung und eine Reichslandgemeinbeordnung fordert, wird im Himmelsprung mit 172 gegen 132 Stimmen, bei einer Enthaltung, angenommen. Dagegen haben Deutsche nationale, Zentrum und Bayerische Volkspartei gestimmt.

Die Ausschlußentscheidung auf Befestigung der Ländergeandtschaften wird gegen eine starke Minderheit abgelehnt.

Die übrigen Ausschlußentscheidungen werden angenommen. Angenommen wird auch eine Entschließung, die verlangt, daß das Impfgesetz auf seine wissenschaftlichen Grundlagen hin nachgeprüft wird.

Der Etat des Innenministeriums wird in zweiter Beratung angenommen, dazu das Gesetz über Erzeugung und Verkauf von Schußwaffen und Munition.

Der Nachtragsetat wird gleichfalls in zweiter Beratung angenommen. Die Abstimmung über den Ergänzungsetat wird um 19 1/2 Uhr auf Dienstag, 10 Uhr, vertagt. Auf der Tagesordnung stehen außerdem der Marineetat und die Phœbus-Bericht.

Einigung in der Landschaftsgärtnerei.

In einer sehr gut besuchten Versammlung der Landschaftsgärtner am Sonntag vormittag in „Haverlands Festhöl“ berichtete Bernotat über die Verhandlungen mit dem Unternehmerverband. Gefordert war eine Lohnerhöhung von 15 Proz. Die Unternehmer wollten auf dieser Grundlage überhaupt nicht verhandeln. Die bisherigen Löhne seien hoch genug. Schließlich erklärten sie sich bereit, 5-6 Proz. zu bewilligen. Da dieses Angebot von einer Gruppenversammlung einmütig abgelehnt wurde, zeigten sich die Unternehmervertreter in der weiteren Verhandlung bereit, die Spitzensöhne um 10 Pf. zu erhöhen. Die übrigen Lohnstufen sollten eine entsprechende prozentuale Steigerung von durchschnittlich 9 Proz. erfahren. Außerdem sollen Sicherungen getroffen werden, daß bei erheblichen Preiserhöhungen und Mietsteigerungen Verhandlungen vor dem Ablauf des Tarifvertrages geführt werden können. Eine Mietsteigerung von mindestens 10 Proz. sollte nach dem Vorschlag durch eine entsprechende Lohnerhöhung ausgeglichen werden.

In der mehrstündigen Diskussion wurde besonders darauf hingewiesen, daß die Landschaftsgärtner durch die ungünstige Witterung monatelang arbeitslos gewesen sind und schon deshalb auf der Bewilligung der Forderung von 15 Pfennigen bestanden werden müßte. Die geheime Abstimmung ergab jedoch die Annahme des Verhandlungsergebnisses gegen eine erhebliche Minderheit. Die Stundenlöhne betragen somit ab 15. März bis zum 28. Februar 1929:

für Obergärtner und Anlageleiter	1,30 M.
„ Gärtner über 20 Jahre nach 1jähr. Branchentätigkeit	1,20 „
„ „ 20 „ im 1. Jahre der	1,05 „
„ „ unter 20 „ nach 1jähr.	1,00 „
„ „ 20 „ im 1. Jahre der	0,90 „
„ Arbeiter nach 3jähr. Branchentätigkeit	1,03 „
„ „ 1jähr.	0,97 „
„ ungelernete Arbeiter	0,88 „
„ Frauen	0,67 „

Wenn das Ergebnis auch nicht voll befriedigen kann, so bedeutet es doch einen erheblichen Fortschritt, der nur durch das geschlossene Auftreten der organisierten Gärtner möglich gewesen ist. Die Durchführung des Tarifvertrages ist bei dem großen Geltungsbereich für Berlin und Umgegend nur gewährleistet, wenn die Arbeiter geschlossen zur Organisation stehen. Alle Verstöße gegen den Tarif sind dem Verbands der Gärtner und Gärtnereiarbeiter, Verwaldung Groß-Berlin, C. 2, An der Stralower Brücke 6, sofort zu melden.

Jahresfest der Gewerkschaftsjugend

Die Jahresfest der Berliner Gewerkschaftsjugend, die am Sonntag vormittag vom Ortsauschuß des ADGB im Mercedespalast veranstaltet wurde, war nicht nur eine Feierstunde, sondern ein Erlebnis. Der große Saal war bis auf den letzten Platz gefüllt und zwar nicht nur von jungen Gewerkschaftern, sondern auch von vielen Eltern und anderen Jugendberatern.

Eingeleitet wurde die Feier durch die vom Organisten Ernst Kallipke vortrefflich gespielte „Egmont-Ouverture“. Im Mittelpunkt der Veranstaltung stand das Sprechwort von Bruno Schönlank „Der gepaltene Mensch“, das unter Mitwirkung der Tanzgruppe Trümper-Skoronei vom Sprech- und Bewegungstheater der Berliner Volksbühne unübertrefflich aufgeführt wurde. Dieses Wort fand natürlich tiefenden Beifall. In ihren Ansprachen wiesen der Vorsitzende des Holzarbeiterverbandes Genosse Tarnow und der Vorsitzende des Ortsauschusses Genosse Sabath darauf hin, daß die Aufgaben der freien Gewerkschaften mit der Verbesserung der Lohn- und Arbeitsbedingungen lange noch nicht erschöpft sind, sondern daß sich die Gewerkschaften auch nachhaltig der kulturellen Höherentwicklung der Werktätigen widmen. Durch das, was der Jugend in kultureller Hinsicht geboten wird, soll ihr gezeigt werden, worauf das Streben der Gewerkschaften gerichtet ist.

Die eindrucksvolle Kundgebung bewies, daß sich die freigewerkschaftliche Jugendbewegung in den richtigen Bahnen bewegt.

Schiedspruch für die sächsische Metallindustrie.

Für die sächsische Metallindustrie wurde nach langwierigen Verhandlungen endlich ein Schiedspruch gefällt. Danach weist der neue Tarifvertrag gegenüber dem bisherigen verschiedene Verbesserungen auf. So wurden u. a. die Lehrlinge in den Tarifvertrag aufgenommen. Die neuen Bestimmungen sollen vom 1. April bis 30. September 1929 gelten. Der Schiedspruch unterbindet nicht die Möglichkeit, die Besonderheiten von Hand- und Fleißarbeit — soweit die Voraussetzungen gegeben sind — betrieblich durch Sondervereinbarungen zu regeln. Für die grundsätzliche Auslegung des Tarifvertrages wurde unter beiderseitiger Zustimmung ein Schiedsgericht eingesetzt. Erklärungsfrist bis zum 31. März.

Lohnbewegung in der schlesischen Textilindustrie

Die Kündigung des Lohnvertrages für die schlesische Textilindustrie ist Sonntag auf einer Konferenz der Funktionäre des Deutschen Textilarbeiterverbandes Gau Schlesien in Breslau beschlossen worden. Die Kündigung erfolgt am ersten zulässigen Termin (1. April 1928 zum 30. April 1928).

Die Funktionäre sind, wie aus der von der Konferenz einstimmig gefassten Kündigungsentschließung hervorgeht, fest davon überzeugt, daß die Verbandseinstellung alles tun wird, um eine ernsthafte Verbesserung der Löhne zu erzielen. Deshalb weisen sie aber auch jede Einmischung verantwortungsloser Elemente in den Lohnkampf mit Entschiedenheit zurück. Die Funktionäre erwarten von der Verbandseinstellung, daß Mitglieder des Verbandes, die gegen die Verbandspolitik verstoßen, unnahezu ausschließlich zur Rechenschaft gezogen werden. In der Erkenntnis, daß nur eine kräftige Organisation der Lohnforderung nachdruck verleihen kann, verpflichteten sich die Funktionäre, in den nächsten Wochen eine rege Agitation zu entfalten.

Richtigstellung. In Nr. 34 vom 20. Januar veröffentlichten wir unter der Überschrift: „Kasernenhofen in Fabrikhall“, eine Notiz, in der gegen den Werkmeister Hofner der Firma G. Gollisch u. Co. der Vorwurf erhoben wurde, mit den Arbeitern im Tone des Unteroffiziers zu verfahren. Wie wir auf Grund der Untersuchungen der zuständigen Gewerkschaften, Deutscher Werkmeisterverband und Deutscher Metallarbeiterverband, nunmehr erfahren, sind die in jener Notiz erhobenen Vorwürfe nicht stichhaltig. Wir bedauern, diesen Vorwürfen Raum gegeben zu haben.

Wahlung 1928. Sonntag, Mittwoch, 28. März, 15 1/2 Uhr, bei Reiter. Am Donnerstag, 29. März, wichtige Versammlung aller SPD-Genossen. ...

Der unmögliche Schiedspruch.

Heute nochmals Verhandlungen mit der Reichsbahn.

Die Nachverhandlungen über den Reichsbahn-Schiedspruch, die ursprünglich auf den 23. März angelegt waren, beginnen bereits am Dienstag vormittag. Der Schlichter will sich allem Anschein nach für die Nachverhandlungen etwas mehr Zeit nehmen. Das ist durchaus angebracht; denn eine nochmalige genaue Überprüfung des Schiedspruches ist dringend notwendig.

Die durch den Schiedspruch geschaffene Situation ist sehr ernst. Der Schiedspruch hat im ganzen Reich unter den Eisenbahnarbeitern einen wahren Proteststurm hervorgerufen. Die Erbitterung ist groß. Bei dem Einheitsverband der Eisenbahner häufen sich die Stöße der Protestresolutionen. Mit einer Post sind nicht weniger als 250 Entschließungen, voll von geharnischten Protesten gegen den Schiedspruch, eingelaufen. Noch nie war die Abwehrbewegung gegen einen Schiedspruch unter den Eisenbahnarbeitern so scharf wie diesmal. In allen Protestentscheidungen wird der Schiedspruch als völlig unannehmbar bezeichnet und vom Hauptvorstand gefordert, daß er die Verbindlichkeitserklärung verhindert. Überall im Reich erklären die Eisenbahnarbeiter, daß sie gewillt seien, mit allen gewerkschaftlichen Mitteln für die Verbesserung ihrer kümmerlichen Lohnverhältnisse einzutreten. Abgelehnt

wird der Schiedspruch vor allem deshalb, weil die Spanne zwischen den einzelnen Gruppen noch größer zu werden droht, weil die Höhe der Zulagen absolut unbefriedigend und weil die Bindung der neuen Regelung unerträglich lang ist.

Protest der Eisenbahner.

„Dieser Schiedspruch darf nicht für verbindlich erklärt werden!“ — Das ist der Mahnruf, den die Eisenbahner gestern abend in den überfüllten „Alteins Festhöl“ in der Hallesche in letzter Stunde erhoben. Dreffel vom Bezirksvorstand des Einheitsverbandes, der selbst als Beisitzer an den Schlichtungsverhandlungen teilgenommen hat, gab den Versammelten ein klares Bild über deren Verlauf und betonte ausdrücklich: „Die Organisationsleitung ist auf Kampf eingestellt; einem solchen Unternehmern gegenüber verjagen alle Worte!“

In einer ausführlichen Resolution, in der namentlich auch gegen die unerträglich lange Bindung der Löhne auf ein Jahr schärfster Protest eingelegt wird, wurden alle Gründe, die auch sonst gegen die Verbindlichkeitserklärung dieses unmöglichen Schiedspruches vorliegen, zusammengefaßt. Des weiteren wurde die Absendung eines Protesttelegramms an den Reichsarbeitsminister beschlossen.

Reichskonferenz des Luftfahrtpersonals.

Die dritte Reichskonferenz der Luftfahrtabteilung des Deutschen Verkehrsverbundes im Berliner Gewerkschaftshaus gestaltete sich zu einer eindrucksvollen Einheitskundgebung für den Zusammenschluß aller technischen Gruppen des Luftfahrtwesens in der Fachabteilung des Deutschen Verkehrsverbundes.

Nach Eröffnung und Begrüßung der Konferenz durch Genossen Oswald Schumann gab der Abteilungsleiter Walter Binder in einem eingehenden Referat Bericht über die Entwicklung dieses jüngsten Kindes der gewerkschaftlichen Bewegung, das trotz vieler Schwierigkeiten sehr erfreuliche Fortschritte machen konnte.

Von der parlamentarischen Arbeit auf dem Gebiete des Luftfahrtwesens gab Oswald Schumann ein anschauliches Bild. Nach einer längeren Aussprache, die insbesondere die Frage der Einheitsorganisation betraf, fand eine Entschließung einstimmig Annahme, die sich für Einheit der Organisation des technischen Luftfahrtpersonals aussprach.

In der weiteren Diskussion berichteten die Vertreter der verschiedenen Gruppen (Verkehrspiloten, Bordmonteure, Luftfahrtüberwachung, Ingenieure, Facharbeiter usw.) über die Arbeitsverhältnisse ihrer Gruppen. Hierbei stellte sich heraus, daß die Entlohnungen der Facharbeiter bei der Deutschen Luftfahrt außerordentlich große und sachlich ganz unbegründete Unterschiede in den verschiedenen Flughäfen aufweisen und in sehr vielen Fällen keineswegs der sehr verantwortungsvollen und speziell im Sommer sehr anstrengenden Berufstätigkeit entsprechen. Ebenso sind die sozialen Leistungen der Luftfahrt infolge Fehlens eines auf die Arbeit im Luftverkehr zugeschnittenen Tarifvertrages leider nicht weniger als mangelhaft. Die Reichskonferenz nahm deshalb die eine Entschließung einstimmig an, in der es heißt:

„Die Reichskonferenz nimmt mit Befriedigung davon Kenntnis, daß die Direktion der Deutschen Luftfahrt ihre prinzipielle Bereitschaft zum Tarifabschluß mit dem Deutschen Verkehrsverbund zu erkennen gegeben hat und beauftragt die Reichsabteilungsleitung, sofort Verhandlungen mit der Direktion der Deutschen Luftfahrt anzubahnen mit dem Ziele, zum Beginn des Sommer-Luftverkehrs einen Reichstarif zum Abschluß zu bringen.“

Walter Binder gab der Hoffnung Ausdruck, daß es gelingen wird, über den (inzwischen bereits überreichten) Vertragsentwurf auf dem Verhandlungswege eine Einigung mit der Luftfahrt-Direktion zu erzielen, was um so dringlicher ist, als wohl in keinem anderen Beruf so viel von der Zuverlässigkeit und Arbeitsfreudigkeit der Arbeiter abhängt wie gerade in diesem jungen Beruf.

Nach Annahme einiger Satzungsänderungen der Abteilung wurde die vorgeschlagene Fachgruppenleitung bestätigt und der bisherige Abteilungsleiter Walter Binder einstimmig wiedergewählt.

Der ZDA in Berlin.

Die Jahresgeneralversammlung der Ortsgruppe Groß-Berlin des Zentralverbandes der Angestellten am 19. März war von 220 Delegierten und 28 Ortsverwaltungsmitgliedern besucht. Den Geschäftsbericht gab Gottfurth, der ausführlich auf den Umfang der Tarifarbeit im Jahre 1927 hinwies, 379 Tarifverhandlungen bzw. Sitzungen von Tarifkommissionen waren notwendig, um die Gehaltsläge für die Angestellten aufrechtzuerhalten bzw. zu verbessern. Die Arbeitszeitbestimmungen mußten auf Grund der Verordnung vom 14. April 1927 neu vereinbart werden.

Der Tarifkampf war außerordentlich schwer und ist jetzt erneut in stärkster Bewegung. Ueber 40 Tarifverträge in Handel und Industrie laufen am 31. März 1928 ab. Die Erkenntnis, daß sich Betriebsvereinbarungen besonders für die Gewinnung der

Angestellten eignen, legt sich immer stärker durch. Die erfolgreiche Fachgruppenarbeit des Jahres 1927 soll im Jahre 1928 einen Ausbau erfahren durch eine wesentliche größere Systematik bei der Einberufung von Versammlungen.

In den 30 Bezirken wurden 349 Versammlungen mit 15 000 Besuchern abgehalten. Die Jugendgruppe hatte 907 Versammlungen mit 16 684 Jugendlichen. Die Tätigkeit der Jugendgruppe wird ergänzt durch die Zusammenfassung der der Jugendgruppe entwachsenen Kollegen im Arbeitskreis. In 43 berufständlichen Arbeitsgemeinschaften nahmen 1142 Verbandsmittglieder teil. An den Kurien der Gewerkschaftsschule beteiligten sich weitere 310 Verbandskollegen. Unter den 1452 Kursteilnehmern (1926: 774) waren 165 Jugendkollegen und 133 arbeitslose Mitglieder.

Die Versammlungstätigkeit und Agitationsarbeit war außerordentlich rege. Informationsabende, Funktionärversammlungen, Demonstrationen und öffentliche Versammlungen wurden in großer Zahl abgehalten. Die Angestelltenversicherungswahlen zeigten den Höhepunkt der Arbeit. Die Ortsgruppe trieb Propaganda in mehreren Ausstellungen, genannt seien die Jugendausstellungen „Der werdende Kaufmann“ und „Das junge Deutschland“, wie auch die Wochenendausstellung. Rege Propaganda wurde mit Zeitschriften und Flugblättern, Schülertafeln und einer Dauerausstellung auf der Berliner Untergrundbahn betrieben.

Bei Schaffung der Arbeitsgerichte erhielten die freien Angestelltenvereine den größten Prozentsatz aller Arbeitsrichter. Die Rechtsabteilung bearbeitete 399 Klagenfälle, die in 655 Terminen erledigt wurden.

Am Kassenbericht wies Wegland auf eine erfreuliche Aufwärtsbewegung hin. Die Ortsgruppe hatte im 4. Quartal 1927 eine Zunahme von 956 Mitgliedern. Im 1. Quartal 1928 wird der Mitgliedsbeitrag die Zahl 1000 bei weitem überschreiten. 748 Jugendmitglieder traten zur arbeitslosen Mitgliedschaft über. Am Anse des Jahres fand der ZDA in 229 Betrieben neu Einzug. Der Abschluß der Gewinn- und Verlustrechnung weist einen Betrag von 963 785 71 M. auf. Das Vermögen der Ortsgruppe beträgt 61 966,11 M. Die Zahl der Stellunglosen im Angestelltenberuf ist noch immer erschreckend groß.

Einige Änderungen des Ortsstatuts wurden einstimmig beschlossen. Ebenso einstimmig wurde beschlossen, daß für das Jahr 1928 Hans Gottfurth als erster Bevollmächtigter, Fritz Fink als ehrenamtlicher zweiter Bevollmächtigter und Max Wegland als Kassierer fungieren. Die Wahl der übrigen Mitglieder der Ortsverwaltung und der anderen Verbandskörperschaften erfolgte einmütig.

Die gut verkaufte Generalversammlung konnte mit der Feststellung abschließen werden, daß alle Voraussetzungen für eine günstige Entwicklung im Jahre 1928 gegeben sind.

Der Buchdrucker-Schiedspruch.

Die Begründung der Verbindlichkeitserklärung.

In der uns am Sonnabend telephonisch übermittelten und in der Sonntagsausgabe des „Vorwärts“ wiedergegebenen Begründung der Verbindlichkeitserklärung des Schiedspruches für das Buchdrucker-Gewerbe ist folgender Sachverhalt enthalten:

„Bei einseitiger Beurteilung des gesamten Gewerbes muß daher berücksichtigt werden, daß schon die im Schiedspruch vorgeschlagene Lohnerhöhung für viele dieser mittleren und kleinen Betriebe eine Belastung ist, die die Grenze ihrer Leistungsfähigkeit übersteigt.“

Wie uns jetzt von der Pressestelle des Reichsarbeitsministeriums mitgeteilt wird, soll das letzte Wort in diesem Sache nicht übersteigt, sondern erreicht lauten. Bei der telephonischen Übermittlung durch die „Z.“ ist also offenbar ein Hörfehler unterlaufen. Damit ist unsere Polemik gegen die Verbindlichkeitserklärung, soweit sie sich auf diesen Sach der Begründung stützte, gegenstandslos.

Mein Freund „Mister Hsu“.

Von Groll Kearing, New Masses, New York.

(Deutsch von A. P. Diegen.)

Mister Hsu, ein zwanzigjähriger Student und Sohn eines geachteten Gelehrten des alten China, besucht im zweiten Semester die Universität in Peking. Er ist klein von Gestalt, aber breit-schultrig. Sein Wesen ist beherrscht, aber seine dunkelbraunen Augen phosphoreszieren und die Backenmuskeln sind immer gespannt, auch wenn er schweigt.

„... Sie sagten, daß Sie drei Jahre nicht mehr zu Hause waren! Wohnen Sie so weit von Peking?“

„Nicht so weit von Peking als von meinen Eltern. Es sind nur wenige Stunden bis in mein Heimatstädtchen, aber ich kann nicht zu meiner Familie.“

„Da sind Ihre Eltern also Gegner Ihrer Ideen?“

„Gegner! — Nein! Meine Eltern kennen keine Ideen; sie leben noch im alten China, in dem China von vor tausend Jahren.“

„Und Ihr Vater ist Gelehrter?“

„Ja, der chinesischen Konfuzius! Wissen Sie, was das ist? Haben Sie schon gehört von Fußbinden? Ich habe zwei kleine Schwestern, beiden sind die Füße geschnitten. Ich habe dagegen protestiert, bewies die Tortur und Folter — alles vergebens.“

„Fußbinden in der Republik?“

„Selbstredend! — In meinem Dorfe wissen viele Leute noch nicht einen Deut von der Republik. Wenn ich nach Hause komme, muß ich heiraten!“

„Sie müssen...?“

„Mein Vater bestellte für mich eine Frau, als ich noch nicht zehn Jahre alt war und wir wurden verlobt. Wenn ich das Mädchen nicht heirate, macht die Familie Skandal mit meinem Vater, ja mit meiner ganzen Familie, und es wird zum Prozeß kommen!“

„Das ist ja unmöglich!“

„Die Tradition verlangt es! — Sehen Sie, unsere Familie gründete vor vielen hundert Jahren unsere Stadt. Ein Drittel aller Einwohner haben unseren Namen. Unsere Familien sind streng patriarchalisch und mein Vater kann die Familientradition nicht einfach über den Haufen werfen.“

„Aber Ihr Vater kann doch nicht wollen, daß Sie gegen Ihren Willen jemanden heiraten!“

„Sie verstehen mich nicht richtig. Ich will Ihnen folgendes erzählen: vor zwei Jahren lernte ich in Peking eine Studentin kennen. Wir schrieben uns zwei Briefe. Das bekam mein Vater zu hören und unerschrocken reiste er hierher, mir das zu verbieten. Wenn ich nur mit einem Mädchen spreche oder sogar mit ihr gehe, so gilt das als ein schweres Verbrechen. China ist etwas anderes als Amerika oder Europa. Dort sprechen sich Mädchen und junge Männer wie gute Freunde auf der Straße an, das gibt es im alten China nicht. Ich bin zwanzig Jahre und glaube, niemals im Leben wieder eine so abscheuliche Affäre wie diese wieder durchmachen zu müssen. Würde ich einfach losgehen und mich nicht mehr um meine Familie kümmern, so würde das die größte Schande für meine Familie bedeuten, ja, damit stampelte ich mich in ihren Augen zum schwersten Verbrecher!“

„Und wo haben Sie Ihre Ideen aufgenommen?“

„Hören Sie das Volk auf der Straße, in den Läden, in den Fabriken und lesen Sie Bücher, dann kommen Sie nicht mehr los davon! Ich war revolutionär, ehe ich nach Peking kam. Kann es anders sein, wenn man in einem solchen Dorfe geboren wird und wenn man sich in jedes Buch vertieft? Ich kann nicht mehr zurück! Für mich gibt es nur einen Weg und der heißt: vorwärts!“

„Vorwärts? — Wohin vorwärts?“

„Durch die Revolution hindurch! Vorwärts zu einem neuen China der organisierten Arbeiter und Bauern!“

„Wie denken Sie sich eine Revolution?“

„Organisation! Nichts als Organisation! Bisher wurde der Verlauf des Befreiungswertes immer wieder gehemmt und gelähmt, weil wir nur Heere und Führer aufstellten, aber dem Heere und seinen Operationen mangelt die stützenden Organe der Industrie und der Landwirtschaft. Auch das werden wir schaffen. Habe ich meine Examen hinter mir, gehe ich in die Provinz, am Aufbau und Ausbau der Organisationen mitzuarbeiten. Auf der Universität sind Hunderte von Studentinnen und Studenten, die mit mir das gleiche Ziel verfolgen.“

„Wissen Sie, daß diese aktive Umsturzarbeit in der Provinz heute sehr gefährlich ist?“

„Gefährlich? O nein! Was für 400 Millionen notwendig ist, kann für einen Chinesen niemals gefährlich sein!“ —

Explosion im Weltraum.

Ein Stern, der sich rüdentwickelt.

Das seltenste Schauspiel eines Sterns, der sich jetzt in einen Sternnebel verwandelt, also die umgekehrte Entwicklung wie die anderen Sterne zurücklegt, ist auf der Sternwarte der Harvard-Universität zu Bloomington in Südfrankreich von Dr. Parafekopoulos beobachtet worden. Nach einem Bericht des Direktors der Harvard-Sternwarte, Dr. Harlow Shapley, war dieser Stern bis zum Frühling 1925 zu schwach, um mit dem bloßen Auge gesehen zu werden. Dann kam er plötzlich als „Nova“, als neuer Stern auf und wurde von einem südafrikanischen Astronomen, R. Watson, entdeckt. Der Stern befindet sich in der Gruppe Pictor, die in nördlichen Breiten nicht sichtbar ist.

„Die Entwicklung der Sterne“, erklärt Shapley, „vollzieht sich nach unseren heutigen Anschauungen in der Richtung vom Rebel zum Stern, aber in diesem Falle und in zwei oder drei anderen geht die Umwandlung nach der entgegengesetzten Seite, und zwar nach astronomischen Begriffen sehr schnell. Alle diese Rückentwicklungen sind bei sogenannten „Novae“ bemerkt worden. Eine Prüfung der früheren photographischen Aufnahmen in der großen Sammlung der Harvard-Sternwarte zeigt, daß der Stern vor seinem Aufflammen der 12. Größe angehörte, und man nimmt an, daß er langsam zu diesem Grad zurückkehrte wird. Dr. Parafekopoulos machte seine Entdeckung durch Photographieren des Sterns mit schnellphotographierenden Fernrohren. Ein Ring oder eine Schale von nebelartiger Substanz erschien um den äußeren Rand des Sternbildes und wurde allmählich immer größer und deutlicher. Diese Erscheinung zeigt an, daß das Aufflammen des Sterns und sein rasches Anwachsen zu dem Zehntausendfachen seiner früheren Helligkeit durch eine Explosion hervorgerufen wurde. Die keine äußeren Teile von dem Kern weggeschleuderte. Der jetzt beobachtete Nebelring ist der frühere äußere Teil, und weitere Beobachtungen werden zeigen, ob diese Umwandlung zu einem stän-

Der Mann Tom Springfield.

Von Max Dortu.

Die blanken Sterne, sie knistern hoch am Himmel. Nacht über Kalifornien. Die Berge. Hörst du Wasser rauschen? Das ist die Welle gegen den Staudamm. Ein Tal — ein sehr enges Tal — ein Canon, das Canon Santa Clara, da hindurch ein Flüsschen — in seinem freien Laufe wird es gehemmt, gehemmt von Menschenhand — das Flüsschen muß ein See werden — ein riesiger Staudamm weigert den Wässern freien Abfluß — über den künstlichen See fließt der Nachtwind, der von den kalten Bergen herabspringt — er wirft Welle um Welle gegen die Mauern des Staudamms. Nacht. Hu, die Eule — der unheimliche Schrei der Steineule — dreizehnmal schrie die Eule — da — da geschah das Unglück — das eingefangene Wasser befreite sich — es sprengte den Staudamm — und ein Donnern und Brechen und Brausen erfüllt das Canon Santa Clara. Weibel Die Wassergelichter sind frei: sie wollen zerstören — zerstören jegliches Gebilde von Menschenhand — die schäumenden Fluten stürzen durchs Tal — zerstören die Siedlung El Rio — reißt mit einem einzigen Sprunge das Kraftwerk New-Hall hinweg — blasen alle irdischen Lichter aus — nur am Himmel — die ewigen Lichter, die brennen weiter, die blanken knisternen Sterne, die Sterne über der heißen südkalifornischen Märzennacht.

Alles Gebilde von Menschenhand — ist nun von den revoltierenden Wassergelichtern gesprengt. Und die Menschen selbst, wo sind sie? Als der Morgen seine rosigten Augen öffnet — da steht er das Tal Santa Clara als wogendes Bassieral. Immer noch strömen die Fluten: ein acht Kilometer langer, künstlicher See zerfließt zwischen engen Felswänden — hat alle Kultur zerstört — hat hunderte von Menschen ertränkt — wenige Lebende nur retteten sich — auf die Berghänge hinauf — wo andere kleine Siedlungen vom Wassersturm verschont blieben.

Und nun singe ich das Heldenlied des Mannes Tom Springfield. Tom Springfield war Arbeiter der Edison-Light-Company, ein Lichtbringer war er, von der Kraftstation New-Hall. Er war auf Nachtwache, als die Wasserfluten donnernd den Staudamm durchbrachen. Er sprang — vom tosenden Ärm gerufen — ins Freie — da sah er vor sich ein Blitzen und Schäumen — was ist das? Aber schon versteht er — schon hebt ihn ein mächtiger geheimnisvoller Arm — haushoch ist er gehoben — hinweg gehoben über die Dächer des Kraftwerkes. Hol Ein harter Schlag — die schäumende, quirlende Wasserhand wirft den Tom Springfield auf Felsboden — die Wassergelichter wollten nicht seinen Tod — er sollte leben — und er lebt — nun steht er auf den Beinen, um seine Füße sprudeln tausend Perlen — ein Schäumen, ein Funkeln — aber, wo ist das Kraftwerk — nur Ruinen ragen aus dem Wasser auf — und diese Ruinen sah die frühe Morgenröte.

Trari-trari-trari! Die Sonne bläst in ihr Beckhorn — lebende Menschen, schnell herbei — rettet euresgleichen — heilt, wo noch zu heilen ist! Warm. Die Sonne ruft die lebenden Menschen zur Tat. Schaurig, zu sehen — wie eine ganze blühende Landschaft, noch gestern war sie blühend — wie diese Landschaft begraben ist — begraben unterm gurgelnden, schlammigen Wasser.

Tom Springfield bindet sich einen Hanfstrick um den Leib — er springt in die gurgelnde Flut — was will er — will er dem Tode noch einmal in die Arme? Tom Springfield will helfen. Drüben — auf den Ruinen vom Kraftwerk — da hofft noch menschliches Leben — angeklammert an Stahlgestänge — Reste der Turbinenhallen — eine Verbindung zwischen Felsufer und dem bedrohten Leben da drüben muß schnell geschossen werden — gierig lecken die grüngrauen Wasserzungen um die Leiber der mit dem Tode Ringenden. Oberhalb der Ruinen von New-Hall sprang der Tom Springfield in Schaum und Schlamm — mit starken Armen bricht er sich schwimmend den Weg — halb trägt ihn die Flut — halb überwindet seine Energie den treibenden Strom. Tom Springfield, du held, glückselig! Nun bist du drüben — du hängst im Stahlgestänge der Ruinen vom Kraftwerk — die Verbindung zwischen Ufer und Stahlinsel ist da.

Am dünnen Hanfseil wird am Ufer ein stärkeres Seil befestigt. Fertig! Zieht nun — ihr im Wasser, ihr auf den Ruinen — ziehet, ziehet, ziehet. All right. Alles ging gut. Tom Springfield schlingt das Ende des starken Seiles um einen Stahlbaum — so! Gilt euch, ihr bedrohten Lebenden, werdet wie Spinnen: rutscht, kriecht, trabt — am leitenden Seile — hinüber zum Ufer. Do erwarren euch bangende Herzen. Der Mensch zittert um den Menschen.

Die Sonne am blauen Himmel hielt den Atem an — dreißig sind nun drüben — dem Wassertode aus dem brausenden Rachen gerissen — nun sind vierzig drüben — nun kommen die letzten acht — — Lebenundolzig sind an Land — jetzt du, du Retter Tom Springfield. Und als Lehler schwebt der Tom am Seil — ein müdes Nähn auf dem Antlitz — Tom, gut Glück auch dir, die Sonne reicht dir die Hand — dal O Unglück, das Seil riß. Aus der Tiefe der schlammigen, brausenden Flut griff eine schwarze Hand auf — der Tod. Der Tod zog den Tom Springfield hinab in das graufige Grab — hinab zu dreihundert anderen Leichen.

Tom Springfield: Lebenundolzig Menschen hast du gerettet — dafür aber verlangte der Tod dich. Und wenn ich nun frage: wurden diese Lebenundolzig Menschen zu teuer bezahlt, was werdet ihr mir dann antworten? Ein Mensch bezahlt mit seinem Tode das Leben von siebenundvierzig anderen Menschen, was heißt das? Das heißt: Der Mensch ist gut — geht dem Menschen Gelegenheit, edel und hilfreich zu sein — und er wird es sein! Tom Springfield ist wieder ein Beispiel, daß wir an den Menschen glauben können. Heute war Tom der Helfende, morgen oder übermorgen wird irgend ein Unbekannter in Indien oder Europa oder in China, in Polynesien oder in Afrika — der sich freiwillig für den Wimmenischen Opfernde sein — das dürfen wir aus Erfahrung glauben. Und dieser Glaube an das Gute im Menschen, der gibt uns Kraft — Kraft: die Härte der heutigen rücksichtslosen Kapitalzeit zu überwinden. Schaut auf den Himmel: dort steht ihr ein zielweisendes Denkmal, die Freundin Sonne meißelt in blauen Granit dieses goldene Wort: „Tom Springfield, der Mann vom Canon Santa Clara!“

„planetenrische“ Rebel führt, von denen wir etwa 100 unter den Sternen kennen, oder ob die fortgeschleuderten Teile allmählich sich im Weltraum zerstreuen und den Kern als einen typischen Stern zurückfallen. Die normale Entwicklung der Sterne nicht die Sternmassen zusammen; hier aber haben wir eine plötzliche Ausbreitung beobachtet, die für die Kenntnis der Entwicklung der Himmelskörper außerordentlich wichtig sein kann.“

Der Ekel vor dem Ei.

Wertwürdige Antipathien afrikanischer Stämme.

In seinen afrikanischen Reiseberichten erzählt Richard Kandt einmal von einem Regent, dessen Ekel vor den von den Europäern verzehrten Hühneriern soweit ging, daß er sich sogar weigerte, die Teller zu reinigen, an denen noch Reste von Eiern haften. Diese Abneigung, die man bei vielen Völkern, oft auch bei den Arabern findet, ist jedoch in der Regel durch Eierverbote begründet. Wertwürdigerweise ist bei zahlreichen afrikanischen Regentstämmen der Genuß von Hühneriern streng untersagt, was um so unerklärlicher ist, als diese Vögel oft gerade in solchen Gebieten gelte, in denen die Hühner zahlreich vorkommen. Solche Eierverbote herrschen z. B. in Darfur und Wadai, bei den Bessuanen, Bakutos und Kaffern. Dagegen werden bei den Bergstämmen der Kaffias die Eier zum Wafzagen verwendet, zu welchem Zweck man sie auf die Erde wirft und aus den Spuren, die sie hier hinterlassen, zukünftige Geschehnisse prophezeit. Die afrikanischen Eiergesetze haben einmal den Tod eines deutschen Forschers zur Folge gehabt. Im Jahre 1886 wurde nämlich vom Libanon der Afrikareise. Dr. Eduard Bogel von den Eingeborenen ermordet, doch erst zwanzig Jahre später gelang es Richtig, genauer über das Schicksal Bogels zu erfahren. Es stellte sich heraus, daß der Fremde weiche Mann“ fast nur Eier gegessen habe, was den Eingeborenen genügt, den Fremden mit Mißtrauen und Haß zu verfolgen und ihn nach dem Leben zu trachten.

Zu den Eierverächtern Afrikas gehören, nach Hasterlits Feststellungen, auch die am Albert-Nganya lebenden Regentstämme, die sich mit Abscheu abwenden, wenn sie jemand Eier essen sehen, und die auch keine Hühner verzehren. Das Tieressen wird auch von einigen westafrikanischen Regentvölkern für eine „schmutzige Gewohnheit“ gehalten, während andererseits die westafrikanischen Krusteute, wie auch einige in Britisch-Zentralafrika lebende Regentstämme den Eiern durchaus nicht abgeneigt sind und scheinbar auch durch kein Gesetz am Tieressen verhindert sind. Nur gilt für diese Regent das Ei erst dann als ehbar, wenn es bereits „bewohnt“ oder, wie sie sagen, „voll Fleisch“ ist, d. h. wenn in seinem Inneren schon das geformte Küchlein liegt.

Was ein Polyp erfragen kann.

Was tierische Zellen an Widerstandskraft gegen äußere Einflüsse leisten können, zeigt ein Versuch, der vor einiger Zeit von dem Forscher Chid, einem Gelehrten der Universität Chicago, vorgenommen wurde. Als Versuchstier hatte er den zu den Pflanzenzieren (Ciliaten) und zur Familie der Tubulariden gehörenden medusenartigen kleinen Polypen Corgomorpho bestimmt, der man, wie sich zeigte, tatsächlich nicht unzubringen war. Zuerst

wurden die Tiere in einem Behälter mit Seesand zusammen getrieben, bis sie eine ganz formlose Masse bildeten, worauf diese Masse durch ein ganz feines Sieb gesiebt wurde. Die Gewebegellen, die diese Probeur überstanden und das Sieb passiert hatten, waren nun aus ihrer früheren Zusammenfassung vollständig losgelöst, aber trotzdem noch am Leben, und zwar noch so lebensfähig, daß sie bereits begannen, sich in Gruppen zu formen. In einem Zustand, in dem jedes auch nur einigermaßen höher organisierte Lebewesen unbedingt zugrundegegangen wäre, erwachten in diesen Zellen schon wieder neue Wachstumskräfte. Sie näherten sich den ihnen am nächsten liegenden Zellen, vereinigten sich mit ihnen, bildeten sodann immer größere Zellgruppen, die sich schließlich zu Kugeln formten, die allerdings nur dann am Leben blieben, wenn sie einen gewissen Keim umgaben nicht überstiegen. Dadurch scheint bewiesen zu sein, daß bei diesen niederen Tierformen die Lebenskraft nicht durch die Körpergröße an sich bedingt wird oder auch nur mit ihr zusammenhängt. Was jedoch die kleineren Kugeln anbelangt, so blieben sie nicht nur am Leben, sondern bildeten neue Zellen und entwickelten sich schließlich wieder zu vollständig normalen Tieren, sei es zu einer Vereinigung mehrerer Individuen oder zu Einzeltieren.

Dreitausend Witwen eines Radich auf dem Scheiterhaufen.

Ein unter dem Titel „Suttee“ in London erschienenes Buch von Edward Thomson beschäftigt sich eingehend mit dem Problem der indischen Witwenverbrennung. Suttee ist die heilige Bezeichnung für diesen in der Hindureligion tief verankerten Brauch. Das vorliegende Werk läßt den Leser die tiefe Klutz erkennen, die die Denkwerte der Hindus von der des zivilisierten Europas trennt. „Suttee“ und „Drissa“, das jetzt unterdrückte Menschenopfer, verbinden die Hindus mit den Azteken. Der Verfasser geht auf den Ursprung der Suttee zurück, verbreitet sich über seine Entstehung, seine Formen, seine geschliche und ungeschliche Ausübung und die Versuche, die von Mohammedanern und Engländern gemacht wurden, um den grausamen Brauch auszurotten. Inwiefern wurden bis zu dreitausend Frauen mit der Leiche eines Radich den Flammen übergeben, und selbst bei weniger vornehmen Indern erreichte die Zahl der Opfer oft sechzig. Einer der Gründe, die für diese Befreiung der Frauen nach dem Tode des Herrn angeführt werden, ist in dem Wunsch zu leben, den Mann von der Gefahr der Vergiftung zu retten. Diese Gefahr war an den indischen Höfen immer besonders akut, und man suchte ihr dadurch zu begegnen, daß man den hinterlassenen Frauen beim Ableben des Herrn den Tod androhte. Die Aussicht, daß eine Verkürzung des Lebens des Giebeters auch den Tod der Frauen zur unmittelbaren Folge hätte, war naturgemäß dazu angehen, die Versuchung, sich des Herrn durch Gift zu entledigen, gar nicht aufkommen zu lassen.

Preise für Regenschiffsteller. Unter den 75 jungen amerikanischen Künstlern, Dichtern und Gelehrten, die jetzt Preise aus der Guggenheim-Gedächtnis-Stiftung erhalten haben, befinden sich auch drei Regent. Der Dichter Converse Tollen erhält eine Summe, um in Paris Anregungen für seine Erzählungen zu gewinnen; der Wiltfischer Nicholas Ballanta erhält die Mittel zu einer Studienreise nach Westafrika und dem Kongo, um die Musik der afrikanischen Völker zu studieren und photographisch aufzunehmen; der Dichter Eric Derwent Walcott unternimmt eine Studienreise nach Westindien. Unter den übrigen Stipendiaten befindet sich Prof. Paul Elliot Green, der das Theater und Drama des europäischen Kontinents studieren wird, um dort Anregung für eigene Dramen zu finden.

Urteil der Braunkohlenkommission.

Kritik der Syndikate / Verschwendung im Verkauf / Belanglose Gegengutachten

Erst nach dringlichen Wornen der Presse, fast zwei Monate nach seiner Fertigstellung, wird das Gutachten der vom Reichswirtschaftsminister eingesetzten Kommission zur Untersuchung der Erparnismöglichkeiten im mitteldeutschen Braunkohlenbergbau, an der der Rötter Betriebswissenschaftler Prof. Schmalenbach, Geheimrat Brecht und Genosse Dr. Baade teilnahmen, der Öffentlichkeit überlassen. Gleichzeitig werden zwei Gegengutachten des mitteldeutschen Syndikats und der Führer des Kohlenhandels, die in der Zwischenzeit zur Stellungnahme ausgiebig Zeit hatten, mit veröffentlicht.

Die Vorgeschichte dieses Gutachtens

Sei kurz gestreift: Zweimalige Anträge auf Erhöhung des Bruttoverkaufspreises wurden im Herbst 1927 durch den Einspruch des Wirtschaftsministers abgelehnt. Die vergebliche Preiserhöhung versuchte dann der Bergbau durch den Druck seiner Arbeitgeberverbände gelegentlich des Lohnkampfes zu erzwingen. Die Verbesserung der mitteldeutschen Lebensbedingung, die die Unternehmer selbst offen als „wünschenswert“ anerkannten, wurde verweigert und jegliche Lohn- und Preissteigerung von der Preisfestsetzung des Bruttoverkaufspreises getrennt. Der Bergbau entsetzte sich gegen die öffentlichen Preispolitik für seine Preis- und Lohnpolitik zu gewinnen suchte. Mit stark negativem Erfolg: die öffentliche Meinung nahm scharf gegen die verantwortungsvolle Lohnpolitik der Unternehmer Stellung, der Arbeiterschaft wurde durch den verbindlichen Schiedsspruch wenigstens eine 11prozentige Lohn- und Preissteigerung zugesichert. Der prompt nur erfolgslos angelegte Antrag auf Preiserhöhung wurde nicht mehr behandelt, da inzwischen die Braunkohlenpreiskarte einberufen war.

Die Ergebnisse der Untersuchung

Sind eine wichtige Stütze für die bisherige Ablehnung der Preis- und Lohnsteigerung, zugleich aber eine vernichtende Kritik an der Produktions- und Absatzorganisation der Syndikate. Gegenüber der Untragbarkeit der Lohnmehrbelastung stellt das Gutachten erhebliche Erparnismöglichkeiten fest, die die Lohnsteigerung ausgleichen können. Allein in der Großhandelsphase zeigt die Kommission Verbesserungsmöglichkeiten auf, die die Grubenenergie um 34 Pf. je Tonne oder etwa drei Fünftel der gesamten Mehrbelastung erhöhen können. Die Einsparungen, die durch einheitliche Verkaufs- und Versanddispositionen unter Ausschaltung unwirtschaftlicher Transportwege bewirkt werden können, sind zwar nicht genau zahlenmäßig schätzbar, doch besteht — nach Ansicht des Ausschusses — „eine Erparnismöglichkeit vielleicht ein Ausmaß, das die Erparnismöglichkeiten im Großhandel noch erheblich übertrifft“. Kürzungen des hohen Kleinhandelszuschlags unter Mitwirkung der Syndikate werden ferner gleichfalls für möglich erachtet. Die Gutachter glauben endlich, daß durch eine Reform der Syndikatsorganisation Erparnisse und damit Hebung der Erlöse erzielt werden können. So beurteilt die Kommission die Untragbarkeit der Lohnmehrbelastung, und alles, was die Interessenten in ihren Gegengutachten vorbringen, kann die großen aufgezeigten Mängel der unwirtschaftlichen Organisation im mitteldeutschen Braunkohlenbergbau nicht widerlegen.

Bei der starken Verflechtung der Händlerkongerne

mit den Produktionsstätten im mitteldeutschen Braunkohlenbergbau war es besonders wichtig, die bisherige Absatzorganisation auf ihre Verbesserungsmöglichkeiten zu untersuchen. Im Braunkohlenbergbau haben sich im engeren Mitteldeutschland die Handelskongerne bereits ein vollkommenes Großhandelsmonopol geschaffen. Im ostelbischen Bezirk bemühen sich die einflussreichsten Händlergruppen, den Großhandel erster Hand für sich zu monopolisieren. Durch Kontingentierung der Abgabe an die einzelnen Vertriebsgruppen hat das ostelbische Syndikat es jedoch in der Hand, bei den Zuteilungen die Werksfirmen zu begünstigen. Im Vorjahre wurde das Kontingent der Werksfirmen verdoppelt, und zurzeit kämpfen bei den Verhandlungen um Verlängerung des ostelbischen Syndikats die Werksfirmen um weitere bedeutende Erhöhung ihres Kontingents. Durch diese Einschaltung der Werksfirmen ist noch vor dem Großhandel ein weiteres Zwischenglied eingeschoben, so daß die Bruttoverkaufspreise übermäßig hoch anfallen, bevor sie an den Plathändler gelangen. Daß die Werksfirmen als Sammler von Aufträgen nicht schlecht abschneiden, zeigt das Beispiel einer Werksfirma, die die Hälfte des ihr zustehenden Rabatts oder rund 35 Pf. pro Tonne nach Abzug aller Kosten als Reingewinn verbuchen kann.

Das Gutachten hält bei einer Ausschaltung der unnötigen Zwischenglieder eine nicht unerhebliche Ermäßigung der bisher gewährten Rabatte für möglich. Ein Großhandelsnutzen von insgesamt 0,85 M. im ostelbischen und von 0,95 M. im mitteldeutschen Bezirk wird als ausreißend erachtet. Die bisherigen Syndikatskosten sind fernerhin nach Ansicht des Gutachtens zu hoch angelegt. Die Kommission hält an Stelle der bisherigen 27 bzw. 30 Pf. Syndikatskosten die Berechnung von 20 Pf. für vollkommen ausreichend. Eine derartige Festsetzung der Rabattspanne und der Syndikatskosten an Stelle der bisher bestehenden von insgesamt 1,39 bzw. 1,49 M. würde allein die Grubenenergie um 34 Pf. pro Tonne steigern und damit bereits die Mehrbelastung, die mit 56 Pf. pro Tonne Bruttoverkaufspreis berechnet wird, zu drei Fünfteln ausgleichen.

Die Mißstände beim Kleinhandel.

Es ist ein großes Verdienst der Gutachter, daß sie auch den großen Mißständen im Kleinhandelsablauf ihre Aufmerksamkeit widmeten. Die Tatsache, daß der Kleinhandelszuschlag in Berlin 15 M. pro Tonne beträgt und damit höher ist als der Bruttoverkaufspreis ab Grube, spricht ja schon an sich dafür, daß hier von einer knappen Preisfestsetzung, auf die die Interessenten immer hinweisen, nicht die Rede sein kann. Das Syndikat stellt in seiner Gegengutachten zufrieden ist, daß die Ueberhebung des Kohlenhandels „eine besondere Erscheinung für den Kohlenplathandel ist, sondern der Entwicklung entspricht, die der Kleinhandel in allen übrigen Gewerbezweigen genommen hat“. Es muß aber betont werden, daß die starke Ueberhebung des Kohlenhandels durch die Politik der Syndikate mitverschuldet ist. Daß erhebliche Minderungen dieser enormen Kleinhandelspreisspanne möglich sind, beweist die

Preisstellung der Genossenschaften

und auch eines von den Gutachtern zum Vergleich herangezogenen Kommunalunternehmens, nämlich der Berliner Brennstoffgesellschaft. Sind doch die Genossenschaften in allen wichtigen Ästen der Bruttoverkaufspreise zu liefern als der Kohlenhandel: es stellt sich zum Beispiel der Bezug von Bruttoverkaufspreisen in Breslau bei Lieferung bis 30 Zentner um 19 Pf. pro Zentner in Magdeburg, je nach dem Quantum, um 8 bis 20 Pf. billiger. Der Kommunalbetrieb besitzt die Verbesserungsmöglichkeiten im Kleinhandel auch für Berlin auf 20 Pf. pro Zentner oder 4 M. pro Tonne, das sind fast 30 Proz. des Grubenenergiepreises. Bei diesen großen Preisdifferenzen scheint es kaum glaubhaft, wenn die Syndikate geltend machen, sie hätten sich bisher bereits stark für die Senkung der Kleinhandelspreise eingesetzt. Vielmehr scheint

gerade durch den Syndikatschutz die Hochhaltung der Konsumentenpreise mittels Höhervereinbarungen wesentlich gefördert zu werden. Das Beispiel des kommunalen Großunternehmens, das nicht, wie der Kleinhandel, fremde Führer benötigt, mehrfache Umschübe und sonstige unrationelle Spesen erforderlich macht, sondern durch eine ausgezeichnete Großorganisation mit eigenem Apparat keine Selbstkosten so erheblich senken kann, daß auch der umfangreiche Absatz an Klein- und Kleinstabnehmer um 20 Pf. pro Zentner unter den Ortspreisen steht, beweist, wie stark der Kleinhandelspreis schon heute überhöht ist.

Dem Niveau einer Erwiderung auf ein wissenschaftliches Gutachten scheint es allerdings nicht zu entsprechen, wenn das Syndikat ohne jede Grundfrage die Vermutung ausspricht, daß der Differenzbetrag, um den die kommunale Einrichtung billiger verkauft, „aus anderen Quellen“ fließen muß. Eine vorbildliche Organisationsform wegen ihrer auf Preisverbilligung gerichteten Politik ohne jede Unterlage als verächtlich subventioniert zu verdächtigen, muß aufs schärfste zurückgewiesen werden.

Syndikate und Braunkohlenwerke.

Wie schon anfangs gezeigt, ist das Bergbauamt als Mitteldeutschlands seiner Funktion als einheitliche Zentralstelle zur Regelung der Produktion und des Absatzes fast ganz beraubt und zum statistischen Bureau und zur Verrechnungsstelle degradiert. Die Folge ist, daß weder eine einheitliche, planmäßige Aufteilung des Bergbaues noch eine rationelle Produktionsverteilung vorgenommen wird. Die einzelnen Werksfirmen machen sich untereinander Konkurrenz, sie sind vor allen Dingen bestrebt, die Produktion ihrer Werke unterzubringen. Und da die einzelnen Bruttoverkaufspreise ohnehin vom Syndikat feste Berechnungspreise zugesichert sind, braucht auf Verbesserung von den fruchtbarsten Produktionsstätten nur wenig Rücksicht genommen zu werden. Diese großen Mißstände der unwirtschaftlichen Transporte gibt übrigens auch das Syndikat offen zu. Wie erheblich die vom Syndikat zugewendeten „neuwilfen Frachtersparnisse“ sind, erfährt man aus den tabelarischen Frachtberechnungen der Schmalenbach-Kommission. Allein für die Belieferung nach Dresden ergeben sich für die in der näheren Umgebung gelegenen Werksfirmen Frachtdifferenzen bis zu 2 M. pro Tonne.

Die wertvollen Verbesserungsvorschläge, die die Schmalenbach-Kommission zur Konzentration auf die rentabelsten Betriebe unter Ausschaltung der Verlustbringer im unstrittigen Gebiet macht, werden in dem Gegenutachten der Syndikate als „ganz besonders abwegig“ bezeichnet. Mit Entschiedenheit wird die Feststellung der Gutachter, daß im mitteldeutschen Braunkohlenbergbau die bisherige Entwicklung und Entwicklung war, daß der mitteldeutsche Braunkohlenbergbau sich zum eigenen Schaden über das gesunde Maß hinaus aufgebläht hat, zurückgewiesen. Daß die Bruttoverkaufspreise seit Mitte 1926 zuerst unter den Auswirkungen des englischen Kohlenpreises, später infolge der deutschen Hochkonjunktur, eine ausgezeichnete Beschäftigung aufweisen und Borräte sich nicht anammeln, spricht nicht gegen die in dem Gutachten ausgesprochene Annahme einer Ueberkapazität bei normaler Geschäftslage; für die vorübergehende Zeit ist dagegen in den Geschäftsberichten wiederholt über die großen Absatzschwierigkeiten geflagt worden. Wenn beim jetzigen Produktionsumfang der Absatz nach den bestrittenen Gebieten — annähernd eine Million Tonne werden unter 10 M. oberhalb, ein Preis, der nach den Selbstkostenberechnungen, die 1926 für 14 Firmen vorgenommen wurden, allein für 8 nicht mehr lohnend ist — aufrechterhalten werden muß, so scheint es sehr wahrscheinlich, daß auch bei den nicht bevorzugten Werken ein unwirtschaftlicher Ausbau stattgefunden hat. Die Vermutung der Gutachter, daß die Preisgabe von entlegenen Absatzgebieten, verbunden mit der Stilllegung von nicht oder schlecht rentierenden Werken, „eine Erparnismöglichkeit einschließt“, scheint viel begründeter, als die Einwände des Syndikats.

Auch jetzt, nach der vernichtenden Kritik der Syndikate durch das Gutachten, zeigen die Braunkohlenherren noch immer

keine Lust, die Mißwirtschaft zu beseitigen.

Die Glaubwürdigkeit der Erklärungen der Grubenherren über die Untragbarkeit der Lohnsteigerung und Arbeitszeitverlängerung ist durch die Ergebnisse des Schmalenbach-Gutachtens ein für allemal gekennzeichnet. Darüber hinaus zeigt sich erneut, daß der deutsche Braunkohlenbergbau nicht von gemeinwirtschaftlichen Zielsetzungen, sondern lediglich von dem Gewinninteresse der Großkongerne beherrscht wird. Das Reichswirtschaftsministerium hat dies zu lange verabsäumt, bei dieser gewaltigen Mißwirtschaft von seinen positiven Einwirkungsmöglichkeiten kraft des Kohlenwirtschaftsgesetzes Gebrauch zu machen. Es genügt nicht, daß die nun gar nicht mehr diskutabile Preiserhöhung unterbleibt, sondern es wird dringend notwendig sein, durch Druck der Regierungstellen oder direkten Zugriff die notwendigen Syndikatsreformen schnellstens durchzuführen. Schließlich aber zeigt sich, daß das Ziel einer gemeinwirtschaftlichen Regelung der Kohlenproduktion und -verteilung nicht im Rahmen der bisherigen Gesetzgebung, sondern nur durch eine wirkliche Sozialisierung erreicht werden kann.

Gehemmte Rationalisierung.

Der Landwirt braucht sie — der Landbund hindert sie.

Im Langenbeck-Wirchow-Haus stellte sich am Sonnabend das neugegründete Reichskuratorium für Technik in der Landwirtschaft (RKT) vor. Die Tagung selbst wurde durch ausgiebige Erörterung der dringenden Rationalisierungsprobleme — Anwendung mechanischer Hilfsmittel zur Hebung der Wirtschaftlichkeit und der Erträge der Landwirtschaft, Entwicklung von rationellen Nebenerntegeräten, Rationalisierung der landwirtschaftlichen Einrichtungen zur Verbesserung der Bevölkerung mit preiswerter Qualitätsmilch usw. — ausgefüllt.

Techniker und Arbeitstaktiker sind zweifellos auf der ersten Tagung des Reichskuratoriums auf die Kosten gekommen. Ob die Landwirtschaft oder von der Arbeit der Wissenschaft profitieren wird, muß die Zukunft lehren. In unserer gesamten Landwirtschaft arbeiten 7,5 Millionen Tonne Acker mit einem Wert von ungefähr 9 Milliarden Mark. Die Maschinenparke, soweit man überhaupt von solchen sprechen kann, sind aber zum Teil überholt und in gewissem Sinne alte Eisen. Während die industriellen Betriebe in Deutschland in den letzten Jahren auf ihren Maschinenbeständen Zugänge aufweisen, die 20, 30 und mehr Prozent der Anlagen ausmachen, nimmt man an, daß die deutsche Landwirtschaft nur 5 Proz. ihres Maschinenbestandes alljährlich neu ersetzt. Uns scheinen hier allerdings infamensurabile Größen verglichen zu werden. — D. R.) Durch die rationalisierungsfördernde Agitation des Landbundes wird die künftige Arbeit des Kuratoriums besonders schwierig. Sie muß, ehe sie zu praktischen Erfolgen kommen kann, erst die durch die Reichslandbundpropaganda geschaffene Mentalität des deutschen Landwirts überwinden; sie muß erst den großen wirtschaftstechnischen Impuls, der die Rationalisierungsbewegung in die Industrie trägt, schaffen.

Das Reichskuratorium für Technik in der Landwirtschaft ist aus dem alten Reichsausschuss für Technik und Landwirtschaft hervorgegangen. Dieser Ausschuss besteht nun schon seit Jahren und organisiert gewissermaßen als Beratungsstelle für das Reichsernährungsministerium. Abgesehen von einer Versuchsschlepperei mit Schleppern und Pflügen sind ihm Erfolge nicht beschieden gewesen. Der Reichsernährungsminister Schiele ließ dem Ausschuss auch nicht die Sorgfalt angedeihen, die die Wichtigkeit des Rationalisierungsproblems in der Landwirtschaft erfordert. Auch in seiner neuen Gestalt scheint Schiele in ihm nichts anderes zu sehen als eine gewisse Konzession an die Maschinenbauanstalten und an die in der Öffentlichkeit erhobene Forderung, endlich mit der Rationalisierung Ernst zu machen. Auf der Tagung selbst ließ sich Schiele nicht sehen, sondern durch den Staatssekretär Dr. Hoffmann vertreten.

Wissenschaftlicher Einzelhandel.

Unter Vorsitz des Staatssekretärs z. D. Prof. Hirsch erörterte gestern der Handelsausschuss des RKT (Ausschuss für wirtschaftliche Verwaltung) die Frage der Rationalisierung im Einzelhandel. Als beste Kennziffer für die Feststellung der Wirtschaftlichkeit bezeichnet der Vorsitzende den Umsatz je Kopf des Beschäftigten. Diese Ziffer könnte für alle Beteiligten ein Gradmesser der Wirtschaftlichkeit werden.

Sehr wichtig sei ferner die Feststellung der Schwankungen des Beschäftigungsgrades für Betriebe und Personen, die den Umsatz je Kopf der Lagerbestände. Könnte der Einzelhandel in seinen Betrieben eine kontinuierliche Beschäftigung durchsetzen, so hätte er wirtschaftlich damit einen Erfolg erreicht, wie ihn das laufende Band in den Industriebetrieben darstellt.

Ein anderer Referent des Ausschusses wies an Hand einiger Beispiele nach, wie die Schwankungen der Beschäftigung in den Handelsbetrieben einer rationellen Ausnutzung entgegenstünden. Die „Arbeitsbereitschaft“ könne im Einzelhandel meistens mehr als 50 Prozent der ganzen Arbeitszeit.

Als Mittel zur Bekämpfung dieser unwirtschaftlichen Anstiege-erhöhungen stellte Prof. Hirsch eine Anzahl Vorschläge zur Erörterung. So solle die Statistik über Umsatzschwankungen, Kosten und Lagergrößen verallgemeinert werden, ferner zur Verhinderung der Saisonschwankungen besondere Untersuchungen für zweckmäßigste Warengruppierung angestellt, und schließlich der Wochenrhythmus in Verbindung mit den Gehalts- und Lohnzahlterminen und letzten Endes auch der Tagesrhythmus in dem Einzelbetriebe selbst untersucht werden.

Der Ausschuss wird über die Methoden zur besten Ausnutzung der Arbeit im Handelsbetriebe Tatsachen und Vorschläge sammeln und bekanntgeben. Das nächste Ziel ist die Ausstellung von Standardzahlen, zunächst für die Lagergrößen in den einzelnen Betrieben, später über die Kosten innerhalb der Gewerbezweige und schließlich auch über die Umsätze je Kopf des Beschäftigten.

Vorsichtige Politik des Phototruffs.

Abschreibungen und Rückstellungen statt Dividende.

Für die Reichs-AG, Dresden, in der die vier stärksten photographischen Unternehmen sich im Herbst 1926 zusammenschlossen, bildete das Jahr 1927 noch eine Uebergangszeit. Die Umstellung der Betriebe, die Zusammenfassung von Produktionsstätten und die Reorganisation des Abzuges haben jedenfalls im ersten Halbjahr die Produktivität noch gehemmt.

Dagegen weist der Geschäftsbericht darauf hin, daß sämtliche Betriebe seit dem Sommer vorigen Jahres einen erheblichen Aufschwung genommen haben, der bis jetzt unvermindert angehalten hat. Obwohl die Verwaltung in ihrem Bericht erwähnt, daß die Senkung der Kosten durch die Umstellung und Reorganisation schwer durchführbar war, sind die gesamten Handelsauskosten mit 8,7 Millionen Mark doch um 35 Proz. geringer als im vorigen Jahre, was immerhin ein großer greifbarer Erfolg des Zusammenschlusses ist.

Die Gesellschaft ist auch in diesem Jahre ihrer vorsichtigen Politik treu geblieben und hat sämtliche Neuzugänge auf die Betriebsanlagen, Maschinen und Werkzeuge mit über 500 000 M. bis auf eine Mark abgeschrieben, so daß in den hochwertigen Betriebsanlagen des Unternehmens eine nicht abzuschätzende Reserve enthalten ist. Obwohl durch die gestiegenen Umsätze und die Verlängerung der Zahlungsfristen für die Kundschaft die Bankguthaben sich von 2 auf 0,7 Millionen verminderten, ist die Finanzlage der Gesellschaft noch sehr flüssig, denn den Forderungen von insgesamt 8,3 Millionen stehen an laufenden Schulden nur 1,7 Millionen Mark gegenüber.

Während die hohen Zollschranken des Auslandes die Ausfuhr von Photoartikeln noch immer sehr hemmen, erklärt die Verwaltung, daß der Handelsvertrag mit Frankreich für die deutsche optische Industrie erhebliche Vorteile mit sich gebracht hat. Die Ausschüsse für 1928 werden im allgemeinen sehr günstig beurteilt, da insbesondere das Photostoffgeschäft einen steigenden Absatz mit sich gebracht hat.

Ueber 100 Millionen Mark Verluste im britischen Bergbau.

Die Notlage des englischen Bergbaus wird jetzt durch eine Veranschaulichung des britischen Bergwerksdepartements gekennzeichnet. Der gesamte Verlust der englischen Kohlenindustrie betrug im Jahre 1927 rund 108 Millionen Mark, wovon allein auf das letzte Vierteljahr 58 Millionen Mark Verlust entfielen. Der gänzliche Mißerfolg des Exportumpings tritt darin in Erscheinung, daß in den Hauptausfuhrbezirken von Südwales der Verlust je Tonne sich auf 1,60 M. gegenüber den Verlusten in anderen Distrikten von 1 M. je Tonne beläuft. Die Gesamtproduktion umfaßte 241 Millionen Tonne, von denen etwa ein Viertel ausgeführt oder als Bunkertohle verfrachtet wurde. Die Unfähigkeit der englischen Grubenunternehmer, die allein durch Arbeitszeitverlängerung und Lohndruck ihre Betriebe rentabel gestalten wollten, wird durch dieses Ergebnis mit aller Deutlichkeit charakterisiert.

Wetterstarke Düngerkäufe der Landwirtschaft. Auch im Monat März hat der große Düngereinsatz des Reichslandbundes angehalten. Die Märzabgabe von 14 Millionen Doppelzentner war mit den Aufträgen am 20. März schon fast erreicht, so daß der gleiche Absatz wie im März vorigen Jahres erwartet wird.

Deutschland hat mit Griechenland einen Handels- und Fernverkehrsvertrag abgeschlossen, bei dem gegen griechische Zugeständnisse für 80 deutsche Einfuhrpostitionen Deutschland insbesondere Zollermäßigungen für Korinthen, Zitronen und Teppiche gewährt wird.

**Erst mehr Früchte,
und Ihr bleibt gesund!**